Der Aktionstag gegen die »Deutsche Stimme« in Riesa

In »Hör- und Sichtweite« der NPD

Inhalt

Am Ende hatte sich alles gelohnt: Zwei Jahre Vorbereitung, unzählige Bündnistreffen, der Gang vor das Verwaltungsgericht Dresden, das zwei Tage vor der Demonstration die anmaßenden Auflagen des Landratsamtes Meißen kippte, die viele Fahrerei und der ganze Ärger: Am 21. Juni hat der Aktionstag des Bündnisses »Deutsche Stimme abschalten!« in Riesa erfolgreich stattgefunden.



Er begann am Vormittag mit einer »wandernden Präsentation« der neuen Neofaausstellung, die vom Rathausplatz über die Hauptstraße zum Kino führte, vor dem das Bündnis einen Infotisch aufgebaut hatte. Dahinter hing die Ausstellung an einem (extra aufgestellten) Bauzaun, die Idee funktionierte gut und kann nachgenutzt werden. Anschließend versammelten sich die Demonstrationsteilnehmer in der Nähe des Gewerbegebietes, in dem der Verlag der »Deutschen Stimme« sitzt. Mehr als 200 Demonstranten waren es nicht, das war der einzige Wermutstropfen dieses Tages. Doch angesichts dessen, dass sächsische Antifas zeitgleich gegen einen Naziaufmarsch protestierten und die Kleinstadt Riesa für eine bundesweite Demonstration doch etwas abgelegen ist, entsprach die Beteiligung wahrscheinlich den Möglichkeiten. Gut vertreten war auf jeden Fall die sächsische Polizei, die bestimmt mehr Beamte (vor allem aus Leipzig und Dresden) im Einsatz hatte, als Demonstranten anwesend waren.

Dieser »Großeinsatz« spiegelte in gewisser Weise auch die Unsicherheit der örtlichen Behörden im Vorfeld des Aktionstages wieder. Noch nie hat es in Riesa eine öffentliche Aktion direkt vor dem Gebäude des Verlages gegeben, seit die „Deutsche Stimme" vor 14(!) Jahren aus dem oberbayerischen Dorf Sinning vertrieben und nach kurzem Halt in Stuttgart in Riesa ansässig wurde. Dass dies der eigentliche Skandal ist, der das Städtchen in ein denkbar schlechtes Licht rückt, ist der Mehrheit der Riesaer Bürgerinnen und Bürger nicht bewusst. Im Stadtrat verfügt die NPD über zwei Sitze, genauso viele wie die SPD. Das Gebäude in der Geschwister-Scholl-Straße hat sie von der örtlichen Volksbank erworben und die NPD-Kader gelten als freundliche Nachbarn und Geschäftspartner. Am Anfang entwickelte sich die NPD-Immobilie sogar zu einer Art sozialem Treffpunkt. Fast eine bemerkenswerte Aktion, dass die Stadt - um Abgrenzung bemüht - wenigstens die Straße in »Geschwister-Scholl-Straße« umbenannte.

Besonders willkommen fühlten sich die Demonstrationsteilnehmer auf ihrem Marsch und bei der Abschlusskundgebung nicht. Zwar hielten sich Nazipöbeleien in Grenzen, doch auf viele Anwohner der Demonstrationsroute wirkte der Zug wohl bestenfalls exotisch.

Mehr darüber weiß die NSA, weil die die Kommentare kennt, mit denen die von Fenstern und Balkonen aus geschossenen Handyfotos gepostet wurden. Gewisse Gereiztheiten wurden auf jeden Fall bei den Bewohnern der Einfamilienhäuser rund um den Kundgebungsplatz deutlich. Zwar hatte die Polizei das NPD-Gebäude weiträumig mit Gittern abgesperrt, aber offensichtlich nicht über die Straßensperrung informiert.

Doch letztlich war das bedeutungslos. Auf der Abschlusskundgebung kamen endlich einmal die zu Wort, die der NPD und den menschenverachtenden und rassistischen Hetzern von der »Deutschen Stimme« die beschauliche Ruhe in Riesa nicht gönnen. So Andreas Näther vom »Riesaer Appell«, der sich für die Möglichkeit bedankte, das erste Mal auf öffentlichem Gelände gegen die NPD protestieren zu können. So die Landtagsabgeordneten Henning Homann von der SPD und Kerstin Köditz von der Linken, die die Rolle der NPD als »Hinterland« regionaler Nazibanden aufdeckten. Und »Feine Sahne Fischfilet« spielte auf. Jene Band, die im letzten Jahr aus Riesa ausgeladen wurde, weil sich die NPD im Stadtrat über den geplanten Auftritt der »Linksextremisten« beschwert hatte. Am Abend wurde ihr Konzert zur großen Freude ihrer Fans, die schon bei der Kundgebung mitgetanzt hatten, im örtlichen Jugendklub nachgeholt.

Wahrscheinlich war das der größte Erfolg des Aktionstages: Bewiesen zu haben, dass demokratische Grundregeln auch in sächsischen Kleinstädten gelten. Dass die schweigende Akzeptanz von Nazis durchbrochen werden kann und durchbrochen werden muss. Die Bündnispartner vor Ort, zermürbt von vergeblichen Kämpfen gegen schweigende Mehrheit haben neue ermutigende Erfahrungen gewonnen. Und das muss weitergehen. So lange, bis die »Deutsche Stimme« auch aus Riesa vertrieben ist.

Regina Girod / Fotos: W. Girod



Flüchtlingsaufstand in Berlin Kreuzberg

»Wir sind Menschen wie ihr, ihr seid frei und solltet uns ein freies Leben geben. Wir sollten nicht wie Tiere behandelt werden. Ihr seid in euren schönen Häusern glücklich, ihr habt keinerlei Mitgefühl für uns. […] Wir haben viele Probleme, und das größte Problem besteht darin, dass ihr uns in unsere Länder zurückschicken wollt, zurück in Krieg und Elend.« (Attaullah, Refugee March for Freedom)

Dieses Statement bringt es auf den Punkt. Flüchtlinge sind in Deutschland und in der »Festung Europa« vor allem Verschiebemasse der Innenpolitik, sie sind einer rassistischen Sondergesetzgebung unterworfen und aus der Gesellschaft ausgeschlossen.
Der jetzt zweijährige, mit äußerster Subjektivität geführte Kampf von Flüchtlingen für gleiche Rechte, Abschaffung der Residenzpflicht und gegen die gewollte Isolation in der Gesellschaft in Deutschland hat es geschafft, die Menschen hinter »Asylpolitik« und »Flüchtlingsproblem« sichtbar zu machen. Als nun die ehemalige Schule in der Ohlauer Straße in Kreuzberg, die über lange Zeit Flüchtlingen als provisorische Bleibe, aber auch als Ort der Selbstorganisierung außerhalb staatlicher Kontrolle gedient hatte, geräumt werden sollte, eskalierte die Situation. Während etwa 140 Flüchtlinge der Drohung durch Bezirk und Polizeigewalt wichen und dem »freiwilligen Umzug« in Quartiere am Stadtrand »zustimmten« – die grüne Bezirksbürgermeisterin Hermann und der grüne Bezirksbaustadtrat Panhoff hatten sie als »Umzugshelfer« beim »Leerziehen« des Gebäudes angefordert –, verschanzten sich Ende Juni etwa 30 Flüchtlinge auf dem Dach.
Der folgende Polizeieinsatz verwandelte die Straßenzüge rund um die Schule zehn Tage lang in ein riesiges demokratiefreies Gebiet unter Polizeirecht. Straßensperren aller Orten, die nur mit dem Nachweis einer Wohnung in unmittelbarer Nachbarschaft zu überwinden waren. Bis zu 2.000 Polizisten und Polizistinnen aus dem ganzen Bundesgebiet belagerten die Flüchtlinge und den Kiez, verprügelten immer wieder Unterstützerinnen und Unterstützer der Flüchtlinge. Die Presse wurde ausgesperrt. Erst nach Tagen nahm eine breitere Öffentlichkeit Notiz von der Besetzung und den möglicherweise tödlichen Konsequenzen bei Räumung des Daches. Und damit auch von den Forderungen der Flüchtlinge nach Bleiberecht, Gleichbehandlung und Erhalt der »Schule«. Nach einer anwachsenden, landesweiten Solidarität zog sich die Polizei endlich zurück. Die Zukunft der Flüchtlinge ist jedoch weiter ungewiss. Doch eines bleibt: Die Flüchtlinge haben sich als wahre »citizens«, aktive Bürgerinnen und Bürger eingeführt und weiten Teile der »Zivilgesellschaft« den eigenen Egoismus und ihre Überheblichkeit vor Augen geführt.

Markus Tervooren

Ausstellung »Antifaschistischer Widerstand in Europa«



Eröffnung der Ausstellung im Europäischen Parlament. Foto: Institut des Vétérans, Brussels

Vor einem Jahr konnte die Ausstellung »Europäischer Widerstandskampf gegen den Nazismus«, ein gemeinsames Projekt der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) – Bund der Antifaschisten und des Institut des Vétérans (Belgien) im Foyer des Europäischen Parlaments eröffnet werden. Vor wenigen Tagen ist nun auch eine deutschsprachige Version dieser Ausstellung fertig gestellt worden und kann ausgeliehen werden.

Die Ausstellung umfasst 50 Stelltafeln für alle europäischen Länder der damaligen Zeit, die im Kampf gegen den Nazismus eingebunden waren: Italien, Spanien, Portugal, Deutschland, Österreich, Tschechoslowakei, Polen, Norwegen, Dänemark, Belgien, Niederlande, Luxemburg, Frankreich, Großbritannien, Sowjetunion, Ungarn, Albanien, Jugoslawien, Griechenland, Bulgarien und Rumänien.

Die Ausstellung lebt durch eindrucksvolle Bilder und reproduzierte Dokumente, die die knappen erläuternden Texte unterstreichen. Bei der Auswahl der Illustrationen, die oftmals von den nationalen Verbänden der Widerstandskämpfer und Antifaschisten zur Verfügung gestellt worden sind, wurden besonders solche Bilder gewählt, die Männer und Frauen, nationale Besonderheiten des Kampfes und allgemeine Tendenzen zum Ausdruck bringen konnten. Zu finden sind Fotos des Slowakischen Nationalaufstands, des Kopenhagener Generalstreiks, der jugoslawischen Partisanenarmeen oder das Flugblatt der KPD von 1938 »Wider die Judenpogrome«, eines der wenigen Beispiele des öffentlichen Protests gegen diese antisemitischen Übergriffe in Deutschland. Die Ausstellung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sie zeigt aber, dass der Widerstandskampf in allen europäischen Ländern in unterschiedlicher Form und unter Berücksichtigung der nationalen Spezifika stattfand.
Die FIR empfiehlt, dass die Ausstellung gemeinsam mit Partnern in Gedenkstätten, Museen zur Geschichte oder an möglichst markanten Orten eines Landes gezeigt wird, z .B. im Deutschen Bundestag und in Länderparlamenten, in Rathäusern, an historischen Orten und anderen repräsentativen Ausstellungsräumen.
Da die Erinnerung an den antifaschistischen Widerstand eine gesellschaftliche Aufgabe ist, sollte die Präsentation der Ausstellung getragen werden von regionalen gesellschaftlichen Netzwerken und verbunden sein mit einem historisch-pädagogischen Begleitprogramm zur Geschichte des antifaschistischen Widerstandes. ***Ulrich Schneider***

Technische Details:
Die Ausstellung umfasst 50 Stelltafeln (Roll-Ups) im Format 215 x 120 cm. Die komplette Ausstellung ist in einem PKW (Kombi) transportierbar.
Kosten:
Die Ausleihgebühr beträgt pro Woche 200 €. Zusätzlich muss für den Zeitraum eine Versicherung gegen Sachbeschädigung und Transportschäden abgeschlossen werden.
Kontakt:
Fédération Internationale des Résistants (FIR) – Association Antifasciste, p.A. VVN-BdA, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin,
Generalsekretär: Dr. Ulrich Schneider, Tel: (030) 29 78 41 74, E-Mail office@fir.at

Foto: Ulrich Schneider



22. Antifa-Fahrt der Thüringer VVdN/BdA führte an die Mosel und nach Luxemburg

Auf den Spuren von Hans Eiden in Trier

Mitglieder und Sympathisanten des Thüringer Verbandes der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten besuchten vom 12. bis 15. Juni Trier und Luxemburg. Elke Pudszuhn, die wiedergewählte Landesvorsitzende, hatte die Bildungsreise wieder bestens organisiert. Diesmal war unser Quartier die Eifelmaar-Jugendherberge in Daun. Am Abend erfuhren wir bei einer Buchbesprechung Hintergründe des Entstehens des Deutschen Soldatensenders 935 von einem, der maßgeblich dabei war, dem Autor des Buches Gerd Kaiser. Ein Sender, der seit 1960 bis zu seiner Schließung der Kriegsvermeidung verschrieben war.

Wir erinnerten uns an die Paukenschläge Tam-Tam-Tam-Tam-Tam – »Hier ist der Deutsche Soldatensender 935…«, mit denen die täglichen Sendungen eröffnet wurden. Als Wehrpflichtiger hörte ich das Programm mit meinen Genossen fast täglich, nicht unbedingt zur Freude der Vorgesetzten. An der Programmgestaltung konnten sich die damaligen Sender in der DDR und auch die heutigen eine große Scheibe abschneiden.

Experiment vorzeitig beendet

Anschließend stellte Heinrich Fink, der erste und letzte demokratisch gewählte Rektor der Humboldt-Universität Berlin, sein Buch zu den Ereignissen in der Wendezeit vor. Das zarte Pflänzchen Demokratie erblühte nur kurz. Mit dem Überstülpen der westdeutschen Rechtsordnung und dem Schwingen der Stasikeule wurde das Experiment gegen den Willen der Studenten und Wissenschaftler leider schnell und abrupt beendet. Prof. Fink wehrte sich erfolgreich gegen die gegen ihn erhobenen Vorwürfe. Er ist ein wahrer Christ und Humanist und ein sehr angenehmer Gesprächspartner.

Auch heute wird wieder weggeschaut

Am nächsten Tag besuchten wir die KZ-Gedenkstätte des SS-Sonderlagers Hinzert. Das Lager diente teilweise als Durchgangslager für Häftlinge aus Luxemburg, Belgien, Frankreich und den Niederlanden. Aufgrund des Kommissarbefehls wurden über 70 sowjetische Kriegsgefangene bestialisch mit Giftspritzen von betrunkenen SS-Männern umgebracht und im Wald verscharrt. Die Menschen aus der Nachbarschaft konnten damals sehen, was sich an Grausamkeiten abspielte, doch sie sahen weg. Auch heute wird wieder weggeschaut. Nach dem Niederlegen eines Blumengebindes am Mahnmal für die Opfer dieses KZ erneuerten wir den Schwur von Buchenwald, nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg. Wir dürfen nicht wegsehen und wir müssen uns den rechten und faschistischen Kräften in den Weg stellen.

Bewegender Besuch in Trier

Hans, der Busfahrer, brachte uns sicher nach Trier. Dort folgten wir den Spuren von Hans Eiden, dem letzten Lagerältesten des KZ Buchenwald. Er war Kommunist, der sich im KZ für seine Mitgefangenen einsetzte. Er verhinderte Todesmärsche und war maßgeblich an der Selbstbefreiung des KZ beteiligt. Bruno Apitz setzte ihm ein literarisches Denkmal. 1950 erlag er den Folgen der KZ-Haft. Erst 1995 setzte ihm seine Heimatstadt Trier an der Stelle seines Geburtshauses ein Denkmal.

Im Geburtshaus von Karl Marx gedachten wir des großen Vordenkers, dessen Analyse des Kapitalismus noch heute brandaktuell, weil wahr, ist. Danach erholten wir uns während einer Panoramarundfahrt auf der Mosel.

Gespräch zu Fragen des Weltfriedens

Am Abend erläuterte uns Rainer Rupp, der frühere Kundschafter an der unsichtbaren Front in der NATO-Zentrale unter dem Decknamen »Topas«, seine Sicht auf die Aktivitäten der NATO. Er zog daraus den Schluss, dass das imperialistische Militärbündnis in einer Krise stecke, denn einige Westmächte folgten nicht mehr widerspruchslos den Vorgaben der USA-Regierung, wie die neuen Kriege zeigten. Im Gespräch analysierten wir die Krise in der Ukraine und die Gefahren, die den Weltfrieden derzeit bedrohen. Es war ein sehr interessanter Abend.



Auf den Spuren Hans Eidens in Trier mit Thomas Kupczik, Arbeitsgemeinschaft Frieden, Trier. Foto: J. Powollik

Gedenken an Widerstand in Luxemburg

Der nächste Tag führte uns nach Luxemburg in das Nationale Widerstandsmuseum in Esch-sur-Alzette. Am Sarkophag »Gestorben für das Vaterland« vor dem Museum legten wir zum ehrenden Gedenken an die Opfer der luxemburgischen Widerstandsbewegung gegen das NS-Regime ein Blumengebinde nieder und gedachten ihrer mit einer Schweigeminute. Nächster Haltepunkt war die Gedenkstätte der Deportation am Bahnhof in Luxemburg-Hollerich, von dem aus Luxemburger Bürger, vor allem Juden, in die Konzentrations-und Vernichtungslager deportiert wurden. Man kann sich heute kaum noch vorstellen, welches Leid hier über die Menschen hereinbrach. Wir müssen wachsam bleiben, damit sich das nicht wiederholt.

Auf eigene Faust erkundeten die Teilnehmer dann die interessante Altstadt von Luxemburg.

Der Abend klang in gemütlicher Runde aus. Es wurden alte Kampflieder und Volkslieder gesungen und viel gelacht.

Atomwaffen weg aus Deutschland!

Die Heimreise führte uns am Fliegerhorst in Büchel vorbei. Dort berichteten die Friedensaktivisten Dr. Elke Koller und Klaus Heller von ihrem auf vielen Ebenen geführten Kampf gegen die Stationierung der letzten 20 Atombomben auf deutschem Boden. Deutsche Piloten sollen im Ernstfall, den wir mit allen Kräften verhindern müssen, diese Bomben in ihr Zielgebiet bringen. Sie erläuterten uns die Risiken der Lagerung, die hohen Kosten der geplanten Modernisierung und die daraus folgende Senkung der möglichen Hemmschwelle für den Einsatz dieser teuflischen Waffen. Zum Abschied wünschten wir allen Aktivisten der Kampagne »atomwaffenfrei.jetzt« vom Trägerkreis »Atomwaffen abschaffen« Erfolg und versicherten ihnen unsere Solidarität.

Heimreise und Abschied. Wir werden uns wiedersehen im nächsten Jahr und bei Aktivitäten gegen Krieg und Faschismus für eine friedliche Welt. Dank an alle, die zum Gelingen dieser Reise beigetragen haben, besonders Elke Pudszuhn für ihre perfekte Organisation.

Übrigens, es wurden sieben neue Mitglieder für unsere VVdN/BdA gewonnen.

J. Powollik

V.i.S.d.P.: Elke Pudszuhn,
Landesbüro des TVVdN/BdA e.V. ,
Eugen-Richter-Str. 45, 99085 Erfurt,
Tel/Fax: 0361/7361516
E-mail: tvvdn-bda@t-online.de

Weitere Infos unter
www.thueringen.vvn-bda.de

Wir bitten um Spenden für unsere Arbeit.

Bankverbindung:
Sparkasse Mittelthüringen
IBAN: DE94 8205 1000 0130 1253 00
BIC: HELADEF1WEW

Abschied von den VVN-Mitgliedern Renate Müller und Klaus-Bruno Engelhardt

Erinnerung an zwei Aufrechte

Für immer Abschied nehmen mussten wir im vergangenen Vierteljahr von einer Kameradin und einem Kameraden, die über viele Jahre lang, auch als Mitglieder des Landesvorstandes der VVN-BdA Bayern, an ihren Heimatorten und weit darüber hinaus das Bild unserer Organisation mit geprägt haben. Wir behalten sie in ehrender Erinnerung und bemühen uns, in ihrem Sinne weiter aktiv zu sein.

Renate Müller (19.3.1930 - 23.5.2014)

Obwohl sie in ihrem 84-jährigen Leben im In- und Ausland weit herumgekommen war und viele Jahrzehnte in der bayerischen Landeshauptstadt wohnte, arbeitete und politisch aktiv war, behielt Renate Müller bis zuletzt einen leichten Akzent, der auf ihre Herkunft aus Memmingen, den Eingang zum Allgäu, verwies. Von der Kinderzeit dort in einer alles andere als begüterten Arbeiterfamilie, vom Aufwachsen in Nazi- und Kriegsjahren, hat sie später oft erzählt.



Und auch vom widerständigen Geist, den es in ihrem Familienumfeld gab. So gehörte sie denn auch nach dem Krieg zu den eher wenigen ihrer Generation, die in ihrer Jugend erleben mussten, was Faschismus und Krieg konkret bedeutet und die dann aus diesen Erfahrungen die Konsequenz: »Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!« nicht nur für ein paar Nachkriegs-Trümmerjahre zogen, sondern für ihr ganzes Leben.

»Ihr Leben galt der Arbeit für den Frieden und der Sorge um die Anderen.« Das haben Verwandte, Patenkinder und Freunde knapp und treffend ihrer »Tante, Patin, Ersatzmutter und Freundin« in die Abschieds-Anzeige geschrieben. Dem können wir uns, ihre Kameradinnen und Kameraden aus der VVN-BdA, der sie seit den frühen 80er-Jahren angehörte, nur anschließen: Als Mitbegründerin der »Friedensinitiative Christen in der Region München«, als unermüdliche Ostermarsch-Aktivistin und nicht zuletzt als eine wichtige Organisatorin der »Initiative Friedensweg Hebertshausen«, mit dem seit nahezu drei Jahrzehnten anlässlich der Befreiung des KZ Dachau der in dessen Umfeld ermordeten über 4.000 sowjetischen Kriegsgefangenen gedacht wird.

Es gab viele Ebenen, auf denen Renate Müller unterwegs war, freundlich, beharrlich und stets pazifistisch-kämpferisch. Sie verkörperte jene Art Zivilcourage, die offiziellen »Ordnungskräften« oft zuwider ist. Schon knapp 75 Jahre alt, unterstellten ihr Strafverfolger in Zusammenhang mit einer Demonstration »Widerstand gegen die Staatsgewalt«. Stolz war sie, dass das Verfahren »wegen erwiesener Unschuld« eingestellt werden musste. Und empört blieb sie darüber, dass im Zuge der Ermittlungen eine »Staatsschutz-Erkenntnis« verbreitet worden war, sie sei PDS-Mitglied.

Nicht, weil sei etwas gegen diese Partei hatte. Aber weil sie auf ihre Überparteilichkeit pochte und Spitzeleien verachtete. Und noch dazu Schlampigkeit im Umgang mit Fakten und Zahlen. Dies machte Renate wiederum für verschiedene Organisationen auch zu einer geschätzten Kassenwartin oder Revisorin. *E.A.*

Klaus Bruno Engelhardt (16.11.1953 - 25.4.2014)

Ein »Urgestein des Widerstands gegen den Neonazismus« sei er gewesen, schrieb die »Frankenpost« anlässlich der Trauerfeier für Klaus Bruno Engelhardt in seinem Heimatort Schwarzenbach an der Saale, »ein überzeugter Gewerkschafter und leidenschaftlicher Linker«. Seinen Vater hatten die Nazis als Kommunist ins KZ Dachau gesperrt, in den Nachrufen auf seine Mutter, die vor einigen Jahren verstarb, fanden sich ähnliche Würdigungen, wie sie nun für den Sohn zu lesen waren.



Bei Klaus Bruno Engelhardt, dem »Bruno«, wie ihn die meisten seiner Freundinnen und Freunde nannten, hatten es die offiziellen Überwacher nicht schwer mit parteipolitischen Zu- und Einordnungen. Viel zu jung, 60 Jahre alt, in Folge einer Operation verstorben, war Bruno zuletzt als bayerischer Landesgeschäftsführer der Partei Die Linke tätig gewesen, in den Jahrzehnten zuvor in verschiedenen Funktionen in PDS und DKP. Für die »Extremismus«-Spezialisten in Diensten und Ämtern, die es sich ja in Bayern nach wie vor angelegen sein lassen, die VVN-BdA wegen Kontakten in solche Bereiche in ihren Berichten anzuprangern, ganz sicher ein »typischer Fall«.

Oh ja – weshalb wir im Gedenken an unseren Kameraden Bruno, der über zwei Jahrzehnte auch Mitglied des bayerischen Landesvorstands der VVN-BdA war, doch noch einmal der des Linksradikalismus unverdächtigen Regionalzeitung »Frankenpost« das Wort geben wollen: »400 Trauernde begleiteten ihn auf seinem letzten Weg. (…) Klaus Bruno Engelhardts Rat, aber auch seine Kritik, waren über die Parteigrenzen hinaus sehr geschätzt. Er war stets um Ausgleich und gemeinsam gangbare Wege bemüht. Seine ganze Tatkraft widmete er der Schaffung einer gerechteren Gesellschaft.«

Hingewiesen wird in dem Artikel auf Brunos parteipolitische und VVN-Aktivitäten, auf seinen Einsatz als Gründungsmitglied des örtlichen »Vereins gegen das Vergessen« und als Mitinitiator der beeindruckenden Schwarzenbacher »Todesmarsch«-Gedenkstätte »Langer Gang«. In der gleichen Zeitung wird übrigens anderntags und andernorts über ein Gedenken an vor kurzem Verstorbene berichtet, die im einstigen Neonazi-Wallfahrtsort Wunsiedel der dortige Bürgermeister Karl-Willi Beck, CSU, vorgenommen hat: »Bruno Engelhardt sei (…) ein ‚Kämpfer der ersten Stunde gegen die Nazis' gewesen. Trotz an sich unterschiedlicher politischer Auffassungen habe er, Beck, den Politiker der Linken persönlich sehr geschätzt.« *E.A.*

Spenden für die VVN-BdA Bayern: Wie immer freuen wir uns über Spenden für die Arbeit unserer bayerischen VVN-BdA. Unser Konto: VVN-BdA Bayern, IBAN: DE18700100800010532807, BIC: PBNKDEFF700

Wichtiger Hinweis: Bitte immer daran denken: Adressen- oder Kontenänderungen mitteilen! VVN-BdA Bayern, Frauenlobstr. 24, 80337 München, Tel 089/53 17 86, Fax: 089/53 89 464, Mail: lv-bayern@vvn-bda.de

Redaktion: Ernst Antoni

Aufführung und Diskussion eines Dokumentarischen Theaterprojektes

NSU-Stück am Residenztheater München



Das Stück »Urteile – ein dokumentarisches Theaterprojekt über die Opfer des NSU in München« von Christine Umpfenbach und Azar Mortazavi (vgl. antifa Mai/Juni 2014, S. 29) ist auch in der zweiten Julihälfte wieder zu sehen. Die Termine: Montag, 21. Juli, 19 Uhr, und Mittwoch, 30. Juli, 20 Uhr, im Residenztheater München, Marstall, am Marstallplatz.

Im Anschluss an einzelne Aufführungen der Inszenierung »Urteile« findet in Kooperation mit der städtischen Fachstelle gegen Rechtsextremismus (FgR) die Diskussionsreihe »Alltag und Rassismus« mit den Themenschwerpunkten Medien, Staat und Kultur statt. Sie richten sich sowohl an das Publikum von »Urteile« als auch an alle Interessierten.

Die vierte Veranstaltung am Montag, 21. Juli, beginnt um 21 Uhr unter dem Stichwort »Prozess«. Seit über einem Jahr läuft im Saal A 101 im Oberlandesgericht München der NSU-Prozess. Die Unabhängige Beobachtungsstelle »NSU-watch« begleitet den Prozess seit dem ersten Tag. Gemeinsam mit Vertretern der Kölner Initiative »Keupstraße ist überall« sprechen sie über ihre Arbeit und ihre Erfahrungen im Gerichtsprozess und diskutieren mit der Regisseurin Christine Umpfenbach über ihr Theaterstück. Es diskutieren u.a.: Robert Andreasch, NSU-watch, Christine Umpfenbach, Regisseurin. Moderation: Andrea Koschwitz, Dramaturgin am Residenztheater.

Erfolgreiche Aktionen gegen NPD-»Europatag« in Scheinfeld

2000 bekannten Farbe gegen rechts



Musste erst durch die Polizeikontrolle: Buntes, leicht satirisches Transparent in Scheinfeld. Foto: oh

Einig waren sich alle Beteiligten, dass die Aktionen gegen den »Europatag« der NPD am 24. Mai im fränkischen Scheinfeld insgesamt rundum erfolgreich waren. »Rund 2.000 Menschen dürften auf den Beinen gewesen sein, um Farbe zu bekennen«, meldete danach das örtliche Bündnis »Scheinfeld ist bunt!« und resümierte: »Vertreten waren neben einer großen Anzahl von Scheinfeldern verschiedene Bündnisse gegen rechts aus dem gesamten nordbayerischen Raum. Dank der insgesamt guten Zusammenarbeit aller Beteiligten wurde die Aktion ein überwältigender Erfolg: Das geplante Hass-Konzert wurde letztendlich gerichtlich verboten, der Europatag der NPD fand nur hinter verhängten Absperrgittern statt, die beiden geplanten Mahnwachen wurden abgesagt.«

In der Nachbetrachtung des Scheinfelder Bündnisses heißt es weiter: »Die politische Demonstration organisierten die ›Nordbayerischen Bündnisse gegen rechts‹ in Zusammenarbeit mit ver.di. Aus der Region zeigten auch viele Bürger, Politiker (Gemeinderäte, Bürgermeister, Landräte, MdL, MdB) und kirchliche Vertreter sowie über 20 weitere Bündnisse ihre Solidarität mit Scheinfeld.« Und es folgt der schöne Satz: »Entgegen der Befürchtungen mancher entpuppten sich die vermeintlichen ›linken Krawallmacher‹ als wertvolle Unterstützung in vorderster Reihe.«

Dabei hatten es die, wer immer damit gemeint war, nicht gerade leicht. »Dadurch, dass ich am Infotelefon saß«, so ver.di-Vertreter Ulli Schneeweiß, »habe ich natürlich die Schattenseite unserer – ansonsten so erfolgreichen – Demo besonders intensiv mitbekommen.« Er verweist auf »USK- und Polizei-Kräfte, die wieder mal heillos überzogen« reagiert hätten. Ähnlich äußerte sich der Presse gegenüber auch die »Grünen«-Abgeordnete Verena Osgyan, vor allem was die Vorkontrollen von Demonstrantinnen und Demonstranten, die in Bussen anreisten, und das Konfiszieren von Transparenten betraf, deren Inhalt angeblich die Nazis hätte »provozieren« können.

Gut und deutlich sichtbar vertreten waren bei den Aktionen auch viele VVN-Mitglieder, unter ihnen die Bundesvorsitzende Cornelia Kerth, die sich zur Unterstützung der Proteste von Hamburg auf den Weg nach Franken gemacht hatte. Das »Landkreisbündnis gegen rechts« aus Weißenburg vermeldete danach – mit einem ausführlichen Presseecho im »Weißenburger Tagblatt«: »Unter den Gegendemonstranten waren auch Harald Dösel sowie Victor Rother vom Sprecherrat des Landkreisbündnisses gegen rechts. Am Rande der Proteste überreichten sie 380 gesammelte Unterschriften für ein NPD-Verbot an Cornelia Kerth, Bundesvorsitzende der ›Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA)‹.« ***B.D.***

Wir gratulieren…

… natürlich allen unseren »Geburtstagskindern«. Sie sämtlich aufzuführen, würde allerdings den Rahmen unserer »*antifa*« sprengen. Stellvertretend seien deshalb hier die Kameradinnen und Kameraden zwischen 60 und 80 genannt, die einen »runden« Geburtstag haben bzw. hatten - und alle über 80. Herzlichen Glückwunsch!

Juli: Anne Fischbach, München, 83 Jahre; Gertrud Milena Finus, Herrsching, 70 Jahre; Christina Hadeler, Nürnberg, 65 Jahre; Jürgen Emmenegger, München, 60 Jahre; Johann Hartshauser, Freising, 60 Jahre; Petra-Maria Zahn, Amberg, 60 Jahre

August: Erich Schreier, Röthenbach/Pegnitz, 85 Jahre; Dagmar Giebel, Nürnberg, 83 Jahre; Elisabeth Scheringer, Kösching, 80 Jahre; Hans Schmid, Bad Endorf, 80 Jahre; Wolf Brand, Beilngries, 70 Jahre; Manfred Maier, Würzburg, 70 Jahre; Georg Steinbichler, Geretsried, 70 Jahre; Kurt Wirth, Kempten, 70 Jahre; Monika Glemnitz-Markus, Maisach, 60 Jahre; Gunhild Hartung, Nürnberg, 60 Jahre; Ingeburg Preller-Bundschuh, Bamberg, 60 Jahre

Pilotprojekt für mobiles Lernen der Berliner Geschichtswerkstatt freigeschaltet

Zeitzeugen-App zu Zwangsarbeit in Berlin

Sieben Jahrzehnte nach Ende des Zweiten Weltkriegs erinnert eine Zeitzeugen-App an eines der größten NS-Verbrechen, die Zwangsarbeit. Die Smartphone-Anwendung der Berliner Geschichtswerkstatt folgt den Erinnerungen ehemaliger Zwangsarbeiter an bekannte und unbekannte Orte im nationalsozialistischen Berlin. Zeitzeugen berichten von Fabriken und Lagern; Fotos und Dokumente zeigen Opfer und Täter.



Das nationalsozialistische Berlin war ein Zentrum der Zwangsarbeit: Zwischen 1939 und 1945 musste eine halbe Million Zwangsarbeiter – Männer, Frauen und Kinder – in Berliner Fabriken, Dienststellen und Haushalten arbeiten, so viele wie in keiner anderen deutschen Stadt. Aus der nationalsozialistischen »Volksgemeinschaft« ausgegrenzt, lebten sie in über 3.000 Lagern, direkt vor der Haustür der Berliner. In Interviews und Briefen erzählen sie von Arbeit, Hunger, Gewalt und Bomben, aber auch von Liebe und Freundschaften.

Nun werden die Erinnerungen jener unfreiwilligen Berliner wieder lebendig – vor Ort, mit dem Smartphone in der Hand. In der Tour »Opfer und Täter« zum Beispiel berichtet die ehemalige polnische Zwangsarbeiterin Alina Przybyła: »Ich war dreizehn, als ich in Berlin war, aber ich kann mich an alles erinnern. Doch wiedererkennen kann ich heute kaum etwas, so hat sich die Stadt geändert. Nur das Brandenburger Tor habe ich wiedererkannt, an dem ich damals gestanden und an eine Säule gekratzt hatte: ›Pferdchen, bringt mich von hier weg, zurück zu meiner Mama!‹«

Alina Przybyła ist eine der 37 Zeitzeugen aus acht Ländern, deren Erinnerungen in der Zeitzeugen-App zu hören sind. Mit Erinnerungsberichten, Interviewausschnitten, Fotos und Karten können die Nutzerinnen und Nutzer Alltagswegen der Zwangsarbeiter folgen – zu Fuß, mit dem Fahrrad oder mit der Berliner S-Bahn. Touristen, Schüler und alle interessierten Berliner können Orte entdecken, die in Reiseführern nicht verzeichnet sind. An bekannten Orten finden sie Spuren einer vergessenen Geschichte.

Fünf Touren stehen zur Verfügung:

- Ein Pole in Berlin (Fuß-Tour, Start: S-Bhf. Bornholmer Str.)
- Opfer und Täter (Fuß-Tour, Start: Brandenburger Tor)
- In der Fabrik (Fuß-Tour, Start: S-Bhf. Gesundbrunnen)
- Zwangsarbeit war überall (Rad-Tour, Start: Potsdamer Platz)
- Durch die Stadt der Lager (S-Bahn-Tour, Start: Bahnhof Zoologischer Garten)

Jede Tour kann einzeln im WLAN heruntergeladen werden, so dass unterwegs keine Internetverbindung nötig ist. Die App »Zwangsarbeit« steht kostenlos bereit für iPhones und Android-Geräte; neben der deutschen gibt es auch eine englische Version.

Dieses Pilotprojekt des mobilen Lernens wurde gefördert von der Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft« und dem Hauptstadtkulturfonds.

Konzipiert und realisiert wurde es von einer Projektgruppe der Berliner Geschichtswerkstatt (Ewa Czerwiakowski, Thomas Irmer, Cord Pagenstecher). Programmierung und Gestaltung übernahm die Berliner Firma mobile melting GmbH.

Weitere Informationen finden sich auf der Webseite www.berliner-geschichtswerkstatt.de/app.html.

Cord Pagenstecher

Antifa – Jour fixe

Ein Abend mit der Berliner VVN-BdA…

…immer am 3. Montag im Monat, immer im Café Sibylle, immer ab 18.30 Uhr

Café Sibylle, Karl-Marx-Allee 72, 10243 Berlin, U5 Strausberger Platz

Montag, 21. Juli 2014, 18.30 Uhr Kennst Du das Land, wo die Kanonen blühn! ein Erich-Kästner-Abend mit Frieder Böhne, Jutta Harnisch, Gina Pietsch, Markus Tervooren und Uwe Streibel.
Er kannte es gut, dieses »Land, wo die Kanonen blühn«, der blitzgescheite und wirkliche Dichter Erich Kästner. Zwei Weltkriege hatte er miterlebt, deren Vorbereitungen und Auswirkungen, ein Kaiserreich als Schüler, und das größenwahnsinnige Dritte als ein verbotener, aber daheimgebliebener Schriftsteller. Um Erich Kästner wurde sich viel gestritten, und das geht bis heute, nicht über den freundlichen Kinderbuchautor, nicht über Witzig-Erotisches in seinen Gedichten, wohl aber über den scharfsinnigen Kritiker deutscher Verhältnisse, den Antimilitaristen und Antifaschisten Erich Kästner.

Montag, 18. August 2014, 18.30 Uhr Antisemitismus und Rechtsradikalismus in Berlin zu Beginn der zwanziger Jahre. Vortrag von Stefan Knobloch



In der Geschichtsdarstellung wird auf die vielfältigen Wurzeln der Ausbildung der faschistischen Bewegung in Berlin seit 1918/1919 kaum eingegangen. Unzählige antisemitische und rechtsradikale Vereinigungen bildeten sich nach der Novemberrevolution in Berlin neu oder setzten nationalistische, monarchistische und verstärkt antisemitische Aktivitäten verschiedenster Vereinigungen fort. Sie waren damit ein Wegbereiter des deutschen Faschismus und schufen für die Berliner NSDAP und ihre Vorläufer die organisatorische Basis. Die massive Radikalisierung der täglichen politischen Auseinandersetzungen war verbunden mit zunehmender Brutalität, die sich u.a. in Überfällen, Pogromen, Feme- und politischen Morden äußerte. Auf die verschiedenen Rollen dieser Organisationen, seien es »Alldeutscher Verband«, »Völkische Turnerschaft«, »Verein zur Bekämpfung des Bolschewismus«, »Ritter des Feurigen Kreuzes«, sowie der direkten Vorläuferorganisationen der NSDAP, z.B. der »Nationalsozialistischen Kampfgemeinschaft Lichtenberg« oder der »Deutsch-Sozialen Partei«, soll hier eingegangen werden.

Bild: Aufnahme eines neuen Mitglieds in den »Orden der Ritter des Feurigen Kreuzes« - eine Berliner Gründung des Deutschen Ku-Klux-Klan im Jahre 1925.

Erich-Mühsam-Fest

Vor 80 Jahren, in der Nacht zum 10. Juli 1934, wurde Erich Mühsam im KZ Oranienburg ermordet. Er war eine der wichtigsten Stimmen der deutschen Bohème, emanzipatorischer Querdenker und gehörte als Revolutionär zu den Hauptakteuren der Münchner Räterepublik. Durch monatelange Folter entstellt, fand man seine sterblichen Überreste am 10. Juli 1934 aufgehängt in der KZ-Latrine. Die Nazis hatten in Mühsam – zu Recht – einen ihrer gefährlichsten Widersacher erkannt. Er baute die Rote Hilfe mit auf und war einer der wenigen, die bis zum Schluss für eine Einigung der ideologisch zersplitterten Linken gegen den Faschismus kämpften. Aus diesem Anlass wird am 12. Juli in der »Zukunft Ostkreuz«, Berlin, Laskerstraße 5, wieder ein Erich-Mühsam-Fest veranstaltet. Als lebensbejahendes Fest deshalb, weil er sich genau das gewünscht hätte. In diesem Geiste wurde das Fest von Berliner Künstlern und linken Gruppierungen als offenes gegenkulturelles Podium mit Lesungen, Konzerten, Vorträgen und Diskussionen konzipiert. Die VVN-BdA ist u. a. mit einer Podiumsdiskussion zum Thema »Gedenkorte zwischen Engagement und politischer Einflußnahme« beteiligt. Zuvor findet um 13 Uhr in Oranienburg eine Gedenkdemonstration statt. ***Frieder Böhne***

www.erichmuehsamfest.de

Redaktion: Dr. Hans Coppi

Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Telefon: 030 / 29 78 41 78

Fax: 030 / 29 78 43 78

Internet: berlin.vvn-bda.de

E-Mail: berlin@vvn-bda.de

Wir bitten um Spenden für die Berliner VVN-BdA!

Spendenkonto: Postbank Berlin

IBAN: DE 18 1001 0010 0315 9041 05

BIC: PBNKDEFF

Neue Gedenktafel erinnert an die Naziverbrechen auf dem Tempelhofer Feld

Es bleibt noch viel zu tun

Unter lebhafter Teilnahme zahlreicher Gäste haben am 22. Juni Mitglieder des »Fördervereins für ein Gedenken an Naziverbrechen auf dem und um das Tempelhofer Feld e. V.« eine Gedenktafel an dem früheren Eingang zur Abfertigungshalle des Flughafens am Platz der Luftbrücke angebracht.

Nach der Öffnung des Flugfeldes Tempelhof forderte unser Verband im Jahre 2009, den vorliegenden Flächennutzungsplan zu überarbeiten und einen Gedenk- und Lernort aufzunehmen, der an den NS-Terror erinnert. Zunächst ging es erst einmal darum, die im öffentlichen Gedächtnis weitgehend vergessene Geschichte des Flughafens von 1933 bis 1945 wiederzubeleben. Gemeinsam mit Beate Winzer, Frieder Böhne und anderen Mitstreitern und Mitstreiterinnen setzten wir uns für die Erforschung der Geschichte des Konzentrationslagers Columbiadamm, der Zwangsarbeit, der Rüstungsforschung ein. Dies war dringend geboten, denn die Begehrlichkeiten auf den nunmehr größten freien Acker inmitten Berlins wuchsen. Zukunftsvisionen wurden ausgelobt, Lobbyisten maßen das Feld nach gewinnträchtigen Perspektiven aus. Gedenk- und erinnerungspolitisch schien im öffentlichen Bewusstsein die Geschichte des Flugfeldes erst mit der Luftbrücke im Jahre 1948 begonnen zu haben.

Aufklärung tat dringend not. Am 8. Mai 2010 war bereits eine Ausstellung zu der verborgenen Geschichte der NS-Zeit auf dem Tempelhofer Feld zu sehen. Mitte Juni 2010 fand eine erste öffentliche Anhörung zur Zukunft der Vergangenheit auf dem Tempelhofer Feld im früheren Rathaus Kreuzberg statt. Ende 2010 gründete sich der Förderverein, in dem auch Mitglieder unseres Verbandes mitarbeiten. Seit 2013 ist der Förderverein auch korporatives Mitglied der Berliner VVN-BdA.



Beate Winzer vom Förderverein spricht anlässlich der Anbringung der Gedenktafel am 22. Juni 2014. Foto: Kappa Photo

Der Verein hat 2011 mit einer Vortragsreihe zu Terror, Zwangsarbeit, Luftwaffenproduktion und -forschung sowie zu dem weitgehenden Vergessen nach 1945 den Blick in die Vergangenheit geweitet. Höhepunkt war die Lesung aus Berichten von Zeitzeugen anlässlich des 75. Jahrestages der Schließung des KZ Columbia-Haus. All diese Aktivitäten haben dazu geführt, dass in der Diskussion über die Zukunft des Tempelhofer Feldes ihre braune Geschichte stärker wahrgenommen wird.

Indes gibt es widersprüchliche Signale aus der Politik. Einerseits hat sich das Berliner Abgeordnetenhaus am 23. Juni 2011 einstimmig für eine Dokumentations- und Gedenkstätte zum KZ Columbia-Haus und zur NS-Rüstungsindustrie ausgesprochen. Einige Monate später war davon in der rot-schwarzen Koalitionsvereinbarung nichts mehr zu lesen. Mitglieder des Fördervereins haben sich am Runden Tisch zum Tempelhofer Feld 1933 bis 1945 mit den gedenkpolitischen Vorstellungen des Senats auseinandergesetzt. Es hat sich gelohnt: Auf seiner letzten Sitzung hat der Runde Tisch empfohlen, eine von der Topographie des Terrors und der Gedenkstätte Deutscher Widerstand zu betreuende Gedenkstätte zu errichten. Forschungs- und Personalkosten sind jedoch in dieser Empfehlung nicht vorgesehen.

Hier kommt nun die Bundesregierung ins Spiel. Im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD spielt die Erinnerung an die Opfer der nationalsozialistischen Verbrechen keine besondere Rolle mehr. Schon jetzt fördert der Bund entgegen dem Geist der Gedenkstättenkonzeption von 2009 Dokumentationsstätten an reinen Täterorten auf Kosten der Gedenkstätten an den Tatorten mit Großbeträgen. Die schwarz-rote Bundesregierung hat sich auf ein Primat der Aufarbeitung des SED-Unrechts geeinigt. Wir treten dafür ein, diese Prioritäten zu verändern und wieder zivilgesellschaftliche Projekte der Erinnerung und Mahnung an die NS-Zeit – wie z. B. auf dem Tempelhofer Feld – zu fördern.

Es wird Zeit, dass die bisherige Entwicklungsgesellschaft für das Tempelhofer Feld ihre Tätigkeit überdenkt. Das beginnt mit dem umstrittenen Logo »Tempelhofer Freiheit«. Diese Namenswahl blendet nicht nur die Zeit von 1933 bis 1945 aus, sondern verleugnet und verharmlost auch die auf dem Tempelhofer Feld begangenen Verbrechen. Die Berlinerinnnen und Berliner haben mit ihrem eindeutigen Votum für 100 % Tempelhof die Diskussion zur Zukunft des Tempelhofer Feldes noch einmal auf Anfang gestellt, wozu auch die Auseinandersetzung mit dessen Vergangenheit gehört. Unser Verband wird die weitere Arbeit des Fördervereins und auch notwendige geschichtspolitische Interventionen unterstützen. Die Gedenktafel bleibt ein Provisorium, bis zur Eröffnung der Gedenkstätte. ***Hans Coppi***

Wettbewerb abgeschlossen

Um das Deserteur-Mahnmal neben dem Kriegsklotz am Dammtor ist ein Wettbewerb ausgeschrieben worden.



Jetzt hat eine elfköpfige Jury den besten Entwurf ausgewählt: den des Bildhauers Volker Lang. Er zeigt einen durchsichtigen Baukörper in Form zweier übereinandergeschichteter Dreiecke, und an zwei seiner Innenwände sollen Auszüge aus Helmut Heißenbüttels Buch »Deutschland 1944« zu lesen sein. Der Künstler sagte zu seinem Entwurf, die Durchsichtigkeit solle gegenüber dem Kriegsklotz Schutzlosigkeit ausdrücken. Denn ein Deserteur habe sich in dem Moment der Flucht schutzlos ausgesetzt. ***hjm***

Bild: Volker Lange präsentiert seinen Siegerentwurf für das Deserteur-Mahnmal in Hamburg. Foto: Georg Chodinski

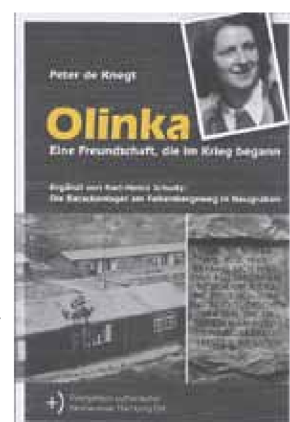
Manifest für Lampedusa-Flüchtlinge

»Hier eine Zukunft! Manifest für Lampedusa in Hamburg!«, ist die Überschrift eines Manifestes, das mehrere Kulturschaffende unterzeichnet haben, so der bekannte Filmemacher Fatih Akin. Darin heißt es: »Mit der Weigerung, eine politische Lösung herbeizuführen, will der Senat jede Hoffnung im Keim ersticken, dass selbstorganisierter Widerstand sich lohnen könnte. Die breite Lampedusa-Solidaritätswelle darf gerne als Sommermärchen in die Annalen eingehen, das positiv auf das Image einer toleranten Metropole einzahlt – aber sie soll folgenlos bleiben. Wir meinen: Ihr Kampf und unsere Solidarität müssen Folgen haben. Trotz über einem Jahr Protest, trotz Dutzender der Demonstrationen, trotz breiter zivilgesellschaftlicher Unterstützung sitzt die Mehrzahl der Lampedusa-Flüchtlinge heute wieder auf der Straße. Diese Situation muss sich ändern. Wir unterstützen daher die Forderung der Gruppe nach einem ›Lampedusa in Hamburg‹, also einem Ort, der Unterkunft sowie eine soziale und politische Infrastruktur bieten kann.« Das Manifest haben in kürzester Zeit mehr als 1.000 Menschen unterzeichnet (Stand: 18. Juni). Der Senat hat ein Gruppenbleiberecht bisher strikt abgelehnt, obwohl dieses nach EU-Recht durchaus möglich wäre. ***hjm***

http://manifest-fuer-lampedusa-hh.de

»Olinka« neu erschienen

Das Buch »Olinka« des Niederländers Peter de Knegt ist jetzt in dritter Auflage erschienen. Inhalt: Der Vater des Autors, Abraham de Knegt, kommt zur Zwangsarbeit ins Lager am Falkenbergsweg in Neugraben. Dort freundet er sich im Sommer 1944 mit Olinka an, einer der 500 Jüdinnen des Außenlagers Neuengamme, deren Baracken sich etwas erhöht und durch einen Zaun getrennt auf dem gleichen Platz befanden. Die Freundschaft wird jäh unterbrochen, als die Frauen nach Tiefstack und schließlich nach Bergen-Belsen verlegt werden. Der Vater hat nur wenig über seine Erlebnisse erzählt. Nach seinem Tod begibt sich der Sohn auf eine mühsame Spurensuche.



Peter de Knegt: Olinka. Eine Freundschaft, die im Krieg begann. Deutsch von H. J. Meyer. 134 Seiten, 9 Euro. Bestellung bei: hjm-harburg@gmx.de

Hamburger VVN-Termine

19. Juli bis 3. August
Ohlsdorfer Friedensfest: Gedenktage für die Opfer des Zweiten Weltkrieges und des Nationalsozialismus: Friedensfest statt Nazi-Aufmarsch
Ort: Friedhof Ohlsdorf, Mittelallee, Sammelgräber der Bombenopfer (Anfahrt von S-Bahn Ohlsdorf: Ausgang Friedhof, mit der Buslinie 170 in Richtung Maisredder)

Sonntag, 19. Juli, 14 Uhr
Auftaktveranstaltung Ohlsdorfer Friedensfest: »Extreme Rechte in Europa und im Europäischen Parlament«. Redner: Dr. Ulrich Schneider (Fédération Internationale des Résistants – FIR)
Ort: Friedhof Ohlsdorf, Mittelallee, Sammelgräber der Bombenopfer

Sonntag, 20. Juli, 14 Uhr
Widerstand in Hamburg: Frauen der Gruppe Bästlein-Jacob-Abshagen. Eine Lesung der VVN-BdA Hamburg.
Ort: Friedhof Ohlsdorf, Mittelallee, Sammelgräber der Bombenopfer

Sonntag, 20. Juli, 16 Uhr
Das Menschenschlachthaus. Bilder vom kommenden Krieg. Erinnerungen an Wilhelm Lamszus. Sein eingemauerter und 2005 überraschend gefundener Nachlass wird gelesen von M. Poeschel, P. Schondey, U. Suhling. Anschließend Musik und Gang zu den Gräbern der Valvo-Frauen.
Ort: Friedhof Ohlsdorf, Mittelallee, Sammelgräber der Bombenopfer

Freitag, 25. Juli, 18 Uhr
»Die Akte meiner Mutter«, Film zur NS-Verfolgung von sogenannten Asozialen. Anschließend Gespräch mit Ronja Hesse und Christiane Chodinski.
Ort: Ohlsdorfer Friedhof, Bestattungsforum, Fuhlsbüttler Straße 758

Sonnabend, 26. Juli, 13 Uhr
Sommerfest Heideruh, Beginn vor Ort: 14.30 Uhr, Rückfahrt ca. 21.30 Uhr
U. a. mit Tengu Daiko (japanische Trommelklänge), Peter Schenzer (Lieder des Friedens und des Widerstands), Täve Schur (Friedensfahrtlegende), Esther Bejarano (liest aus »Erinnerungen: vom Mädchenorchester in Auschwitz zur Rap-Band gegen Rechts«) und zusammen mit Microphone Mafia (Konzert).
Abfahrtsort: Tankstelle vor dem Bahnhof Dammtor (Moorweide)
Bitte für die Mitfahrt im Bus im Landesbüro der VVN-BdA anmelden unter Tel. 040/ 31 42 54 oder per Mail vvn-bda.hh@t-online.de

Sonntag, 27. Juli, 14.30 Uhr
»999er Strafsoldaten – deportiert vom Hannoverschen Bahnhof. Hamburger Antifaschisten in Wehrmachtsuniform«. Lesung und Ausstellung. Es liest Ursula Suhling, dazu die Ausstellung: »Geschichte der 999er«.
Ort: Friedhof Ohlsdorf, Mittelallee, Sammelgräber der Bombenopfer

Freitag, 1. August, 18 Uhr
Mahnwache zum »Altonaer Blutsonntag« in Erinnerung an die Ermordeten Bruno Tesch, Karl Wolff, Walter Möller und August Lütgens.
Ort: Hinterhof des Amtsgerichts Altona (Zugang über Gerichtsstraße)

Samstag, 16. August, 15 Uhr
Gedenkfeier für die Opfer der Euthanasie
Ort: Friedhof Ohlsdorf, Geschwister-Scholl-Ehrenfeld (Nähe Kapelle 13)

Sonntag, 31. August, 17 Uhr
Film: »Wir Wunderkinder«, Regie: Fritz Hoffmann, D 1958, 108 Min.
Ort: Kommunales Kino Metropolis, Kleine Theaterstr. 10

Samstag, 6. September, 11 Uhr
Zwangsarbeit in Billstedt. Eine etwas andere Stadtteil-Busrundfahrt durch Billstedt und Billbrook (Dauer ca. 2 Std.).
Treffpunkt: Gedenkstein vor dem Kundenzentrum Billstedt (ehemals Ortsamt), Öjendorfer Weg 9
Anmeldung erbeten unter vvn-bda.hh@t-online.de oder 0173 93 209 10.

Sonntag, 14. September, 11 Uhr
Gedenkveranstaltung: »Menschen, wir hatten Euch lieb«. Blumen für unsere Toten zum Internationalen Gedenktag für die Opfer von Faschismus und Krieg.
Ort: Friedhof Ohlsdorf, Ehrenhain Hamburger Widerstandskämpfer

Von der Veranstaltung der Hamburger VVN-BdA anlässlich des Tages der Befreiung

Redeausschnitte vom 11. Mai 2014 - aus redaktionellen Gründen gekürzt und daher leicht umformuliert.
Die vollständigen Redetexte unter: http://hamburg.vvn-bda.de/category/artikel/

Steffi Wittenberg: 8. Mai - ein Feiertag!

Wir stehen hier am Ehrenmal für die Opfer des Faschismus mit 105 Urnen, mit Ascheresten und Erde aus 105 Konzentrationslagern und Haftanstalten. 29 Urnen aus 26 Ländern wurden in einer Gruft vor dem Denkmal beigesetzt.

Wir erinnern an den 8. Mai 1945. Ich war an diesem Tag in Uruguay. In Montevideo gab es eine Großkundgebung. Die Nazis waren besiegt, die überlebenden Antifaschisten wurden befreit. Nicht erst an diesem Tag, schon am 25. August 1944 feierten hunderttausend in Montevideo die Befreiung von Paris. Und es folgte später die Befreiung von Berlin am 2. Mai 1945, am 8. Mai die Kapitulation des Naziregimes. **Tag der Befreiung.**
Ich hatte mit meiner Mutter Hamburg Ende 1939 verlassen und Vater und Bruder nach Uruguay folgen können, daher erlebte ich den Überfall auf Polen am 1. September 1939 noch in Hamburg. Ich schrieb in mein Tagebuch: »Heute hat der Führer die Wehrmacht zu den Waffen gerufen, ausgerechnet an Tante Gretes Geburtstag.«
Zwei Schwestern meiner Mutter und ein Cousin, die Nachbarfamilie Haas, einige Lehrkräfte und Schulkameradinnen meiner jüdischen Schule in Hamburg wurden deportiert und ermordet, um nur von meinem engen Umkreis zu sprechen.
Etwa 20.000 Juden lebten in Hamburg vor der Nazizeit, bei Kriegsende lebten hier noch etwas über 600 Juden, sogenannte Mischlinge. Gibt es eine andere Nation als das Deutsche Reich, die sich darüber Gedanken machte, eine als minderwertig eingestufte Menschengruppe ökonomisch sparsam in Massen zu töten? Der industrielle Massenmord ist eben ein »Meister aus Deutschland".
Heute gehen die überlebenden Antifaschisten noch immer in die Schulen oder Universitäten und tragen ihre Geschichte vor, damit die Verbrechen nicht vergessen werden und nie wieder geschehen. Aber es wird noch immer gemordet, es gibt zahlreiche Kriege. Uns werden vielfältige Gründe genannt, warum ein Krieg in Kauf genommen werden muss. Ebenso gibt es viele Politiker, die wenig Empathie für Menschen


Steffi Wittenberg. Foto: Christiane Chodinski

haben, die als Flüchtlinge zu uns kommen, aus Ländern, in denen sie verfolgt werden oder wo Krieg herrscht. Im Falle der Lampedusa-Flüchtlinge verstehe ich die harte Haltung des Senats nicht. Ich verdanke mein Leben der Tatsache, dass Uruguay mich als deutsche jüdische Verfolgte aufgenommen hat, ich halte die Bundesrepublik Deutschland für verpflichtet, Menschen in Not aufzunehmen. Gerade hat die Regierung drei Balkanstaaten zu sicheren Herkunftsländern erklärt, die notorisch sind für ihre Verfolgung und Entrechtung der Roma-Bevölkerung. Das können wir nicht durchgehen lassen. Pro Asyl u.a. protestiert bereits, ebenso die VVN-BdA.
Mit meinen Ausführungen will ich sagen: Wenn wir gedenken, an diesem Tag der Befreiung, dann müssen wir uns mit der Gegenwart auseinandersetzen. Und wir stellen fest: Wir haben den Schwur von Buchenwald nicht eingelöst, wo es heißt:
›Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung, der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel‹.
Da müssen wir noch viel nachholen. Und vielleicht können wir den 8. Mai auch noch als Feiertag, als Tag der Befreiung vom Faschismus und Krieg, durchsetzen?
Packen wir's an.

Redaktion: H. J. Meyer
Landesgeschäftsstelle VVN-BdA
Landesvereinig 20359 Hamburg
Telefon: 040 / 31 42 54
E-Mail: vvn-bda.hh@t-online.de

Wir bitten um Spenden für den Hamburger VVN-BdA!
Spendenkonto: VVN-BdA Hamburg, Haspa,
IBAN: DE 78 2005 0550 1206 127183
BIC: HASPDEHHXXX

Nicole Drücker, die junge Antifaschistin

Ich freue mich, dass wir heute gemeinsam hier sind, um den Tag der Befreiung zu feiern, den Sieg über den Faschismus, die Befreiung der Konzentrationslager, die Befreiung der besetzten Länder.

Der Faschismus, das ist der industrielle Massenmord an Millionen Jüdinnen und Juden, Roma und Sinti, das ist der organisierte Terror gegen die Arbeiterklasse, das ist der Krieg, den die deutschen Faschisten gemeinsam mit den Kollaborateuren führten, um die Völker Europas und der Welt zu unterwerfen. Faschismus, das ist die Logik der Vernichtung.
Kriege brechen nicht aus, Kriege werden gemacht, und in diesen Kriegen gibt es Opfer und es gibt Nutznießer.
Vor wenigen Wochen war ich in der Gedenkstätte des Konzentrationslagers Ravensbrück. 100.000 Menschen wurden in Ravensbrück getötet, das heißt, drei von vier Gefangenen überlebten das Konzentrationslager nicht. Ich sage bewusst getötet: Keine von ihnen kam einfach ums Leben, jede von ihnen wurde umgebracht. Nur ein Bruchteil der Mörderinnen und Mörder wurde dafür bestraft, in Ravensbrück 2% von 3.500 Angestellten, die das Funktionieren der Mordmaschine möglich machten.
Ich möchte an dieser Stelle an Ursel Ertel-Hochmuth erinnern, die einen riesengroßen Beitrag geleistet hat, die Geschichte wach zu halten. Ich war 18, als ich für meinen Geschichtskurs ein Referat vorbereitete über Frauen im Widerstand. Ich recherchierte und fand Lucie Suhlings »Der unbekannte Widerstand«, das mir in vielerlei Hinsicht die Augen geöffnet hat. Erst auf ihrer Beerdigung habe ich erfahren, dass Ursel auch an diesem Buch ihren Anteil hatte. Gerne hätte ich ihr dafür nochmal gedankt.
Wenn wir eines von den Widerstandskämpferinnen und -kämpfern lernen können, so ist es dies: Niemals aufgeben! Sie haben gehadert, sie haben gezweifelt, sie hatten Angst und trotzdem haben sie gekämpft, weil es die einzige Möglichkeit war, Mensch zu bleiben.
Unsere Verantwortung ist es, stärker zu werden, uns zu organisieren.
Wer von den hier Anwesenden ist unter 30?
Wer ist heute zum ersten Mal auf dieser Kundgebung?


Nicole Drücker. Foto: Christiane Chodinski

Wir brauchen mehr junge Leute und wir brauchen neue Leute, Menschen, die wir gewinnen müssen. Wir müssen weiter arbeiten, beharrlich, unbeirrbar, an den Tagesfragen und an unserer Zukunft. Wir können es schaffen, eine neue Welt aufzubauen, eine Welt, in der der Mensch dem Menschen Bruder und Schwester ist. Lasst uns zusammen dafür streiten!

Eine Veranstaltung mit breiter Beteiligung in Offenbach

Rassistische Übergriffe thematisiert

Das Bündnis »Bunt statt braun« in Stadt und Kreis Offenbach veranstaltete am 8. Mai im Offenbacher »Ostpol« eine Podiumsdiskussion mit brisantem Thema.

Seit dem Bekanntwerden gewalttätiger und als rassistisch erlebter Übergriffe durch Kontrolleure und Polizisten z.B. in Frankfurt gegenüber Derege Wevelsiep und in Offenbach bei einer Polizeikontrolle, bei der mehrere junge Migranten verletzt wurden, beschäftigt sich das Bündnis mit diesem Thema. Dabei geht es u. a. um die Erfahrungen von Diskriminierung oder/und Gewalt, zum Beispiel beim Kontakt mit Behörden, Türstehern, Kontrolleuren und Polizisten. Die Möglichkeit zur Beschwerde bei einer unabhängigen Stelle gibt es in Offenbach oder Frankfurt jedoch nicht. Zu strafrechtlichen Verfolgungen solcher Vorfälle kommt es selten, und wenn doch, verlaufen sie zumeist im Sande.

Wie häufig kommt es vor, dass Menschen, die nicht aussehen wie die Mehrheit der Deutschen, sich anders verhalten oder aus anderen Gründen auffallen, verstärkt kontrolliert werden, zum Teil sogar Beleidigungen oder Gewalt erleben? Welche interkulturellen Kompetenzen erwerben die genannten Berufsgruppen in ihrer Ausbildung, welche Haltung haben sie? Und vor allem: An wen können sich Menschen wenden, die in diesem Zusammenhang Opfer von Rassismus wurden?

Aus der letzten Frage entstand der Titel der Veranstaltung: »Rassistische Übergriffe – Möglichkeiten einer unabhängigen Beschwerdestelle«.



Originelles Antinazi-Schild, vorgefunden am Frankfurter Rebstockweiher Foto: pcw

Auf dem Podium befanden sich Pit van Bebenburg von der Frankfurter Rundschau, der häufig über rassistische Vorfälle berichtet und wichtiger Repräsentant der kritischen Öffentlichkeit ist, und Marc Phillip Nogueira vom Netzwerk gegen Diskriminierung Hessen, der von der Arbeit und dem großen Zuspruch u. a. seiner Beschwerdehotline berichtete.

Der Offenbacher SPD-Dezernent Dr. Felix Schwenke, auch für den Bereich »Sicherheit und Ordnung« zuständig, unterstützt das Zustandekommen einer unabhängigen Beschwerdestelle, sieht aber keine Chance für städtische Gelder. Roland Ullmann vom Polizeipräsidium Südosthessen erklärte, dass die Aufgaben, die die Polizei in einer Stadt wie Offenbach habe, aufgrund der sozialen Situation der Bevölkerung besonders schwierig seien und es oft Ärger gäbe. Ermittlungen wegen rassistischer Übergriffe wurden bisher allerdings eingestellt, nur einige laufen noch.

Die zum Teil sehr unterschiedlichen Positionen des Podiums führten zu einer intensiven Diskussion mit dem Publikum. Mit etwa 70 Gästen war der Saal bis zum letzten Platz gefüllt mit Menschen unterschiedlichster Herkunft und Alters. Viele berichteten von Erfahrungen eigener Diskriminierung und dem Misstrauen gegenüber der Polizei.

Die Suche nach einer Möglichkeit zur Einrichtung einer unabhängigen Beschwerdestelle wird nach dieser Veranstaltung fortgesetzt; das Bündnis will dazu auch Erfahrungen aus anderen deutschen Städten oder europäischen Ländern heranziehen.

Barbara Leissing

Hindenburg-Straßen sind mehr als eine Zumutung – so auch in Darmstadt

Umbenennung bleibt ein vorrangiges Ziel

Die Auseinandersetzung mit rechtem, nationalistischem und kriegstreiberischem Gedankengut ist immer auch eine Beschäftigung mit der Geschichte. Deshalb ist ein Schwerpunktziel des »Bündnisses gegen rechts« in Darmstadt die Umbenennung der Hindenburgstraße.

Die Entscheidung für einen Straßennamen ist eine politische Entscheidung und abhängig von der jeweiligen politischen Machtkonstellation. Der Text zur Erstbenennung der Straße lautet im Protokoll der nichtöffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 16.12.1915 wie folgt: »Die Benennung einer Straße zu Ehren des Generalfeldmarschalls von Hindenburg betreffend, gibt der Oberbürgermeister Kenntnis von dem Ergebnis einer Aussprache mit dem Landesherrn über die erneuerlichen Vorschläge der Stadtverwaltung an Hand der Niederschrift in den Akten. Die Versammlung stimmt einmütig dem Vorschlage des Großherzogs zu, die Straße, die demnächst an dem neu zu errichtenden Festhaus beginnen und parallel mit der Neckar- und Heidelberger Straße verlaufen wird, als Hindenburgstraße zu benennen.«



Die historische Einordnung Hindenburgs ist heute eindeutig, insbesondere aus Sicht einer friedenswilligen und demokratischen Gesellschaft. Im Oktober vergangenen Jahres wurde der Antrag der Oppositionsparteien auf Umbenennung im Stadtparlament allerdings durch die grün-schwarze Mehrheit erneut abgelehnt. Warum es der grün-schwarzen Koalition so schwer fällt, die Umbenennung zu beschließen und warum sie am Namen Hindenburg festhält, bleibt nicht nachvollziehbar.

Hindenburg ist mit unserem heutigem geschichtlichem Wissen und Demokratieverständnis keine Person, die eine Würdigung mit einem Straßennamen verdient. Im Gegenteil; eine solche Würdigung ist mehr als eine Zumutung und eindeutig abzulehnen.

Mit Aktionen und Veranstaltungen verfolgt das »Bündnis gegen rechts« nach wie vor das Ziel der Umbenennung. Dazu fand Anfang Mai auch eine Podiumsdiskussion statt. Mitwirkende waren der Hamburger Historiker Hannes Heer, Erich Späte r von der Heinrich-Böll-Stiftung, Peter Engels, Leiter des Darmstädter Stadtarchives und Mitglied der Straßenbenennungskommission, der Kulturreferent der Stadt, Ludger Hünnekens, Monika Kanzler-Sackreuther vom Bündnis gegen rechts und von der VVN-BdA sowie Dogan Yilmaz, Vertreter für Migrantenvereine und des Volkshauses Halkevi. Ergebnis der Diskussion war eine mehrheitliche Unterstützung der Straßenumbenennung.

Straßennamen sind auch eine politische Visitenkarte einer Stadt. Darmstadt präsentiert sich als weltoffene Stadt mit vielen Städtepartnerschaften in ganz Europa und Israel. In Darmstadt leben, arbeiten und studieren Menschen aus über 100 Nationen. Die Umbenennung der Hindenburgstraße wäre insbesondere in diesem Jahr, einhundert Jahre nach Beginn des Ersten Weltkrieges, ein besonderes Bekenntnis zu Frieden und Demokratie.

Interessiert ist das »Bündnis gegen rechts« an Informationen von Initiativen in anderen Städten, die ebenfalls an einem solchen Ziel arbeiten oder schon erfolgreich »ihre« Hindenburgstraße oder »ihren« Hindenburgplatz umbenannt haben. Infos bitte an das Büro der Hessischen Landesorganisation (Adresse siehe Impressum).

Monika Kanzler-Sackreuther

In Südhessen gibt es ein Netzwerk von Bündnissen gegen rechts

Für hessenweiten Austausch

Aufgrund immer wieder auftretender neofaschistischer Aktivitäten, darunter Aufkleber, Flugblätter, Demonstrationen, Infostände mit jeweils entsprechender rechter Propaganda und wiederholter Diebstähle von Stolpersteinen in Kommunen des Landkreises Darmstadt-Dieburg haben sich in Südhessen im Frühjahr zwei weitere Bündnisse gegen rechts gegründet, zum einen in Groß Gerau und zum anderen das Bündnis im »Landkreis Darmstadt-Dieburg (LaDaDi) - Bunt gegen Braun«. In Südhessen existiert mit dem Bündnis »Odenwald gegen rechts«, Initiativen an der Bergstraße, dem »Bündnis gegen rechts in Darmstadt« und weiteren Zusammenschlüssen in einzelnen Kommunen des Landkreises Groß Gerau mittlerweile ein gutes antifaschistisches Netzwerk.

Die Kreisorganisation der VVN-BdA Südhessen (Darmstadt-Dieburg-Groß Gerau) hält Kontakt zu allen Initiativen und arbeitet aktiv in den Bündnissen in Darmstadt, dem Landkreis Darmstadt-Dieburg und Groß Gerau mit.

Während in Darmstadt das Bündnis ein außerparlamentarisches ist, wurde im Landkreis das Bündnis auf Beschluss des Kreistages gegründet. In Groß Gerau hat der DGB die Federführung des Bündnisses gegen rechts übernommen.

All diesen Initiativen ist die Absicht gemeinsam, mit den unterschiedlichsten Aktionen und Veranstaltungen kontinuierlich ein Zeichen gegen rechts zu setzen. Auf dem Workshop unseres hessischen Landesverbandes (wir berichteten) wurde auch unser Aktionsfeld »Neofaschismus« diskutiert. Dabei wurde angeregt, einen Austausch unter den Kreisorganisationen herzustellen, die in Bündnissen gegen rechts in Hessen aktiv sind. Die AG »Neofaschismus« des Landesverbandes beabsichtigt dies umsetzen.

Wer mitarbeiten möchte, melde sich bitte beim Landesverband (Adresse siehe Impressum).

M. K. S.

Matinee zu Emil Carlebach

Am Sonntag, dem 13. Juli, findet um 11 Uhr im Frankfurter Haus Gallus (Frankenallee 111) eine Matinee zum 100. Geburtstag von Emil Carlebach statt. Dabei werden Freunde und Weggefährten zu Wort kommen; mit Filmmaterial und szenischen Darstellungen wird, umrahmt von musikalischen Darbietungen, über ihn und sein Wirken berichtet.

Der bekannte Journalist, Kommunist und Antifaschist wurde am 10. Juli 1914 in einer jüdischen Familie in Frankfurt am Main geboren. Bereits in jungen Jahren im antifaschistischen Widerstand, wurde er 1934 verhaftet und elf Jahre lang inhaftiert, davon acht Jahre im KZ Buchenwald. Nach 1945 war er weiterhin engagiert.

Veranstalter der Matinee ist der Emil-Carlebach-Club, in dem sich Mitglieder aus linken und antifaschistischen Organisationen und Gruppierungen, darunter auch aus der VVN-BdA, zusammengetan haben, um an das Leben und Wirken Emil Carlebachs zu erinnern.



Zu diesem Zweck fanden bereits einige Veranstaltungen statt. Eine weitere wird es am 25. September um 20 Uhr im Frankfurter Club Voltaire (Kl. Hochstr. 5) zum Thema »Kritischer Journalismus heute« geben. Was hat sich verändert seit der Zeit, in der Emil Carlebach Journalist war? Wie kritisch gehen wir heute mit Journalismus um und für wie wichtig und wirksam halten wir ihn? Dazu werden sich Journalisten äußern.

Weitere Informationen über Emil Carlebach und die Aktivitäten des Emil-Carlebach-Clubs sind auf der Webseite www.emil-carlebach.de zu finden.



Jazzlegende Emil Mangelsdorff bei der Bücherlesung der VVN-BdA auf dem Frankfurter Römerberg am Jahrestag der Bücherverbrennungen. Bild: Mike Yu-Hüser

NS-Vergangenheiten

In Hessen werden die Untersuchungen über den Einfluss von ehemaligen NSDAP-Mitgliedern auf die Landespolitik in der Nachkriegszeit fortgeführt. Das beschloss das Präsidium des hessischen Landtages. Angestoßen wurde das Ganze 2011 durch eine von der Linken-Fraktion veranlasste Studie. Darin wurde festgestellt, dass allein in Hessen 75 Abgeordnete und Politiker der Nachkriegsjahre zuvor Mitglied der Nazipartei NSDAP waren. Eine Historikerkommission bestätigte das und fand noch weitere Fälle, womit sich die Zahl auf 92 erhöhte. Außerdem wurden mehrere SS-Zugehörigkeiten aufgedeckt.

Nunmehr sollen elf Fälle im Einzelnen, insbesondere im Hinblick auf die Einflussnahmen und das Verhalten der betreffenden Politiker in den Nachkriegsjahren, untersucht werden. Mit Ergebnissen ist allerdings frühestens in drei Jahren zu rechnen.

UA jetzt auch in Hessen

Nachdem Verhinderungsversuche der schwarz-grünen Landesregierung und der FDP erfolglos blieben und die SPD ihr Zögern aufgab, ist es nunmehr auch in Hessen zu einem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur Aufklärung der Vorgänge im Zusammenhang mit den NSU-Morden gekommen. Aufgeklärt werden sollen vor allem die Vorgänge im Zusammenhang mit dem NSU-Mord in Kassel, bei dem ein Verfassungsschutz-Mitarbeiter zur Tatzeit am Tatort anwesend war. Die Linke hatte diesen Untersuchungsausschuss schon lange gefordert, hätte dazu aber die Stimmen der SPD-Fraktion gebraucht, die dann schließlich einen eigenen Antrag stellte.

Redaktion: P. C. Walther
Landesverband der VVN-BdA Hessen,
Eckenheimer Landstraße 93,
60318 Frankfurt a. Main,
Telefon und Fax: 069 / 5 97 05 24

Wir bitten um Spenden für den Landesverband Hessen!

Spendenkonto: VVN-BdA Hessen
Postbank Frankfurt
IBAN: DE86 5001 0060 0049 3306 02
BIC: PBNKDEFF

Traditionelle Gedenkveranstaltung der VVN Niedersachsen

Bergen-Belsen vor 69 Jahren befreit

Die Beteiligung an den Gedenkfeierlichkeiten zum Jahrestag der Befreiung dieses Schreckensortes gehört traditionell zu den zentralen Aufgaben unserer Landesvereinigung. Wie jedes Jahr waren wir im Eingangsbereich der Gedenkstätte mit einem Informationstisch und Transparenten und auf dem ehemaligen Lagergelände mit unseren Fahnen sichtbar. Dabei versuchten Beauftragte der offiziellen Veranstalter uns immer wieder auf Distanz zu halten, wohl in Unkenntnis der Tatsache, dass unsere Vereinigung sich, namentlich auf Initiative von Gertrud Schröter, um das Gedenken an dieses Todeslager bemüht hatte, lange bevor der Ort in den Rang der zentralen Gedenkstätte des Landes erhoben wurde.

Auch in diesem Jahr führte unsere Landesvereinigung wieder am Nachmittag ihre eigenständige Gedenkveranstaltung auf dem Gelände des benachbarten »Stalag 311« durch, in dem mehr als 20.000 sowjetische Kriegsgefangene qualvoll umkamen, weil sie entgegen aller Bestimmungen des Kriegsvölkerrechts hier Hunger, Kälte und Seuchen ausgesetzt waren.

Unsere Kameradin Mechthild Hartung begrüßte die Anwesenden, und ein Vertreter des Konsulats der Russischen Föderation in Hamburg sprach ein Grußwort. Hauptredner war unser Mitglied Peter Dürrbeck, Sohn von im Faschismus verfolgten Eltern und im »Kalten Krieg« unter Adenauer selbst wegen »Verstoßes gegen das KPD-Verbot« inhaftiert. Er spannte den Bogen von den Gedenkjahren 1914 und 1939, in denen die schrecklichen Kriege des 20. Jahrhunderts von Deutschland ausgingen, zu der sich heute zuspitzenden Weltlage, in der wiederum mit antirussischen Parolen die Ausweitung westlicher Interessenssphären propagiert wird. Im Hinblick auf die Auseinandersetzungen in der Ukraine wies er auch darauf hin, dass die hier zusammengepferchten Gefangenen in die antisowjetische Wlassow-Armee gepresst werden sollten, wodurch sie den Schrecken dieses Lagers entkommen wären.

Orhan Sat, Sekretär beim DGB Nord-Ost-Niedersachsen, betonte die Bedeutung der Erinnerungsarbeit für die aktuellen politischen Auseinandersetzungen und Peter Wanninger von der AG Bergen-Belsen berichtete über Erfahrungen mit Angehörigen der Opfer.

Auch in diesem Jahr beteiligten sich Jugendliche aus dem Internationalen Work Camp Bergen-Belsen mit einem erfrischenden Beitrag. Johann Voß sang eindrucksvoll zur Gitarre. Die Gedenkfeier wurde durch das gemeinsame Niederlegen neuer, aus Ton gefertigter Namenstafeln abgeschlossen.

Reinhold Weismann-Kieser

Gedenkbeitrag von Mitgliedern des Internationalen Work Camp in Bergen-Belsen. Foto: rwk



Studienfahrt nach Theresienstadt

Der Niedersächsische Verein zur Förderung von Theresienstadt/Terezín e. V. organisiert eine Studienreise mit Seminar nach Theresienstadt/Terezín, Lidice und Prag vom 25. Oktober bis 1. November 2014. Thema: Spurensuche in Theresienstadt und Lidice. Auswirkungen der deutschen Besatzung im sogenannten Protektorat Böhmen und Mähren in der Tschechoslowakei. Eingeschlossen sind Begegnungen mit Zeitzeugen und Zeitzeuginnen. Preis: 270 €, ermäßigt 150 €, Anmeldeschluss: 7. September 2014.

Weitere infos unter:
www.foerdervereinterezin.de

Veranstaltung zum 8. Mai in Peine mit breiter Beteiligung

»Am Rad der Geschichte drehen wir alle mit«

Bei der Feierstunde zum »Tag der Befreiung« im Peiner Herzberg konnte der Kreisvorsitzende der VVN-BdA, Peter Baumeister, unter anderem Bürgermeister Michael Kessler, den SPD-Landtagsabgeordneten Matthias Möhle und zahlreiche Politiker des Kreistages und des Stadtrates begrüßen.

Die über fünfzig Anwesenden waren sehr ergriffen von dem Beitrag der Schülerinnen und Schüler der Peiner Bowi-Schule. Zu »Krieger des Lichts«, einem Song der Gruppe »Silbermond«, führten sie eine Art Theaterstück auf. Dabei hielten sie nach und nach Schilder mit Begriffen wie »Krieg«, »einsam«, »dunkel«, »Furcht« und »Tod« hoch und wiesen so auf das Grauen des Krieges hin, das insbesondere Kinder erleiden. Zum Schluss drehten sie sich um, und auf allen Schildern erschien der Begriff »Frieden«, womit sie ihre Sehnsucht ausdrückten.

Zuvor hatte die stellvertretende Landrätin Eva Schlaugat (SPD) auf die Situation nach dem 8. Mai 1945 hingewiesen und die Schrecken beschrieben. Sie sagte: »Die vielen Toten, die vielen Verfolgten, die vielen Gemarterten – sie sind nicht vergessen. Sie sind eine Wunde in unserer Geschichte.« Weiter führte sie aus: »Ich denke, Kriege werden nie von Vätern, Müttern, Söhnen und Töchtern angezettelt, sondern immer von sogenannten Eliten und deren Interessen.« Zum Schluss gab sie ihrer Hoffnung Ausdruck, dass sich »der Wunsch nach Frieden und wirklicher Demokratie, auch die demokratische Zukunft in der Ukraine und in anderen Kriegsgebieten, in der Welt durchsetzen wird«.

Dirk Schulte, Arbeitsdirektor der Peiner Träger GmbH, zitierte in seiner Rede den ehemaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker: »Die Jungen sind nicht verantwortlich für das, was damals geschah. Aber sie sind verantwortlich für das, was in der Geschichte daraus gemacht wird.« Schulte spannte den Bogen zu einem Projekt der IG Metall »Respekt – kein Platz für Rassismus«. Damit soll ein Zeichen gegen rassistische Vorurteile und nationalsozialistische Denkweisen gesetzt werden. Unterschiedliche Lebensweisen und Individualität sollen anerkannt werden. Die Aktion hat schon in zahlreichen Schulen und Betrieben stattgefunden. Schulte forderte die Anwesenden auf, »Respekt in allen Lebensbereichen zu leben« und schloss: »Am Rad der Geschichte drehen wir alle mit.«

Musikalisch umrahmt wurde die gelungene Veranstaltung von Gewerkschaftssekretär Horst Redemann, der u. a. das »Lied der Moorsoldaten« anstimmte. Zum Schluss legten Vertreter von zehn Parteien und Organisationen Kränze und Gestecke zum Gedenken nieder.

Peter Baumeister

9. Mai: Enthüllung der Mahn- und Gedenktafel für das Kindersterbelager Rühen

Was braucht ein Kind zum Leben?

69 Jahre nach dem Sieg über den deutschen Faschismus haben am 9. Mai 2014 Schülerinnen und Schüler der Realschule Rühen der wohl jüngsten Opfer der Nazi-Verbrechen gedacht. Denn mindestens 365 Säuglinge kamen zwischen 1944 und 1945 in dem Lager am Ortsrand von Rühen im Landkreis Gifhorn ums Leben. Ihr Tod war von den Faschisten gewollt: Sie starben an vorsätzlicher Vernachlässigung. Gemeinsam mit den Initiatoren VVN/BdA Wolfsburg und dem IG Metall Wohnbezirk Brome enthüllten die Sechstklässler eine Gedenktafel, die jetzt vor Ort permanent Zeugnis ablegen soll.

Nach monatelangen Auseinandersetzungen um die Aufstellung der Gedenktafel (s. *antifa* Mai/Juni 2014, Beilage, S. 13) kam die Zustimmung der Gemeinde erst kurz vor dem 9. Mai. Darauf wies Mechthild Hartung, Sprecherin der VVN/BdA Niedersachsen und Vorsitzende der Wolfsburger Kreisvereinigung, in ihrer Eröffnungsrede hin. Nun ist sie froh, dass die Gedenktafel im Beisein von Juri Wasjunez enthüllt werden konnte. Der Ukrainer hat wie durch ein Wunder das Kindersterbelager überlebt. Er ist ohne Groll, aber will die Erinnerung hochhalten und mahnen, dass so etwas nie wieder geschehen darf. Deshalb sei die Gedenktafel am authentischen Ort so wichtig. Ein zweiter Überlebender des »Kinderheimes«, Waldemar Krassmann, konnte wegen Krankheit leider nicht an der Enthüllung teilnehmen. In seiner Rede, die von seinem Sohn Jörg verlesen wurde, sagt er: »Die Tafel hier an der Straße für alle sichtbar aufzustellen, ist das Wenigste, was man noch für die gestorbenen Kinder tun kann.« Weitere Rednerinnen und Redner machten die Zustimmung deutlich, die die Tafel inzwischen auch im Bereich der Gemeinde Rühen und darüber hinaus gefunden hat. Am eindrucksvollsten dafür steht aber das Mitwirken der Schülerinnen und Schüler der Realschule an der Feier. Für sie stand das Gedenken an die kleinen Opfer im Vordergrund. Mit dem Lied »Was braucht ein Kind zum Leben?« erinnerten sie an all das, was die gestorbenen Kinder nicht hatten – wie Liebe und Geborgenheit. Was aus den Säuglingen hätte werden können, haben sie sich gefragt und fiktive Lebensläufe geschrieben. Zum Schluss steckten sie Rosen an den grünen Metallzaun neben die Gedenktafel. »Erinnern, Mahnen, Handeln« steht darauf. Die Kinder haben das an diesem Freitag eindrücklich getan.

Weitere Infos und ein Link zum Bericht von NDR Regional Niedersachsen über die Enthüllung findet sich unter wolfsburg.vvn-bda.de

Alfred Hartung



Juri Wasjunez und eine Schülerin gemeinsam vor der neuen Gedenktafel . Foto: Gabriele Pitz

VVN-BdA am 8. Mai in Hannover

Von ungebrochener Aktualität

Das Mahnmal für das ehemalige Gerichtsgefängnis ist traditionell der Gedenkort für unsere Kreisvereinigung an diesem Tag. Diese finstere Trutzburg, die nach dem Krieg geschleift wurde, war für viele Widerstandskämpfer und Verfolgte Ausgangspunkt oder Zwischenstation auf ihrem Leidensweg durch das faschistische Terrorsystem. In diesem Jahr wandten wir uns besonders den bereitwilligen Tätern in Polizei und Justiz dieser Zeit zu, auch mit Blick auf ihr fortgesetztes Wirken in der Bundesrepublik. Ein zweiter Schwerpunkt galt den sich zuspitzenden Ereignissen in der Ukraine. Die bewährte Musikgruppe »Agitprop Hannover«, verstärkt durch Mitglieder des DGB-Chors, unterstützte die kämpferische Stimmung.

Zentraler Gedenkort für Hannover war auch in diesem Jahr das Ehrenmal am Maschsee für die 386 Zwangsarbeiter, Häftlinge und Kriegsgefangenen, die in den letzten Tagen vor der Befreiung von der Gestapo ermordet worden waren. Wegen der dichten Aufeinanderfolge der Gedenkstunden konnte sich unsere Kreisvereinigung leider dort nur durch Niederlegung eines Gebindes beteiligen. Wie wichtig allerdings gerade die Pflege dieses Ortes im öffentlichen Bewusstsein ist, zeigt sich schon allein darin, dass er am 26. Mai von faschistischen Schmierern geschändet wurde!

Am Maschsee wie bei der Gedenkstunde am Mahnmal für das Konzentrationslager Hannover-Stöcken, das für die Akkumulatoren-Fabrik Varta (Quandt) eingerichtet worden war, beteiligten sich Schülerinnen und Schüler aus Hannover.

Reinhold Weismann-Kieser

Stigmatisierung und Ausgrenzung von Roma

Völkermord und Asylpolitik



Rena Rädle, Belgrad, auf der Veranstaltung »Angewandte Geschichte« am 8. Mai 2014 in Hannover. Foto: rwk

Romane Aglonipe, die Organisation der Roma in Niedersachsen, lud am 8. Mai in Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen und unserer Landesvereinigung zu einer Veranstaltung mit dem Titel »Angewandte Geschichte« in Hannover ein, die sich mit der Kontinuität von Stigmatisierung und gesellschaftlicher Ausgrenzung der Roma befasste. Dabei ging es besonders darum, die gegenwärtige Politik gegen Roma und Asylsuchende in Europa vor dem historischen Hintergrund des Völkermords unter der Herrschaft des Faschismus zu sehen. Serbien, Schauplatz vieler dieser Verbrechen und gleichzeitig Herkunftsland vieler Angehöriger diskriminierter Minderheiten auf Asylsuche, diente als Beispiel. Rena Rädle, Belgrad, als Künstlerin und Aktivistin Mitglied im »Forum für angewandte Geschichte«, demonstrierte die Probleme und Zusammenhänge durch eine kommentierte Filmvorführung, an die sich eine Diskussion anschloss. Nähere Informationen finden sich unter: www.starosajmiste.info/

Reinhold Weismann-Kieser

Artikel und Fotos (in hoher Auflösung) für die MTB bitte bis zum 8. in geraden Monaten immer an mtb-niedersachsen@vvn-bda.de
VVN-BdA Landesvereinigung Niedersachsen e.V., Rolandstr. 16, 30161 Hannover, Tel.: 0511-331136, FAX: 0511-3360221, E-Mail: niedersachsen@vvn-bda.de
Wenn Ihr weiterhin Informationen der VVN-BdA erhalten wollt, teilt uns bitte nach einem Umzug o.ä. Eure neue Adresse mit, Danke! Wir würden uns über Spenden für die Arbeit unserer Landesvereinigung auf das Konto bei der Postbank Hannover, IBAN DE17 2501 0030 0007 5103 07, BIC PBNKDEFF, sehr freuen.
Redaktion: Michael Rose-Gille

Gedanken nach unserem Landes- und dem Bundeskongress

Eine Organisation erfindet sich neu

Nicht, dass der Name »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes« in Frage gestellt wurde. Und auch der Zusatzname – seit 1972 »Bund der Antifaschisten«, der die generationsübergreifende Rolle der größten und ältesten Opferorganisation verdeutlicht – wird bleiben. Denn die Verfolgten brauchen weiterhin ihren Fürsprecher.

Und dazu zählen die zweite und dritte Generation der Hinterbliebenen und die niemals entschädigten Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen. In einigen Bundesländern – namentlich NRW – nennen sich die entsprechenden Gruppen innerhalb der VVN-BdA »Kinder des Widerstandes«. Sie wirken als Zeitzeugen und »Erinnerungsarbeiter«. Es trifft sich gut, dass der deutsche Bund der Antifaschisten keine nationale Herkunftsbezeichnung hat. Angesichts der heutigen ernsten Lage muss die Vereinigung immer internationaler werden – und verstärkt der Bund der Antifaschisten wie auch der Antimilitaristen sein. Sie muss sich immer mehr mit ihren Partnern im EU-Bereich verbünden, die nach der EU-Wahl wie wir ziemlich fassungslos auf das Ergebnis – besonders in Frankreich – blicken.

Auf dem Bundeskongress der VVN-BdA wie auch auf der Landeskonferenz NRW wurde für Beobachter erkennbar: Diese Vereinigung erfindet sich neu, ohne das Vermächtnis ihrer Gründer zu vernachlässigen. Kaum eine Delegierte oder kaum ein Delegierter ist noch im Krieg geboren oder hatten gar Emigration und Verfolgung vor 1945 zu erleiden. Es gab allerdings auch eine nicht ermittelte und nicht unbeträchtliche Zahl derer, die politische Verfolgung nach 1950 – Blitzgesetze des Dr. Adenauer und FDJ- wie KPD-Verbot – kennenlernten. Die Erinnerungsarbeit wird unter dem Motto »ihr Vermächtnis weitertragen« fortgesetzt. Internationaler wird die Organisation auch infolge ihres Auftrages, im Lande für die Opfer von Rassismus und Antiziganismus, für Flüchtlinge einzutreten. Zugleich erfordert die internationale Rolle Deutschlands eine demokratische und friedliche Antwort. Die ökonomische Dominanz Deutschlands in der EU hat dieses Land zum Ausbeuter von Millionen gemacht. Zugleich ist Deutschland führend dabei, die EU zu einem militärischen Block zu machen. In der Ukrainekrise versieht Deutschland für die Nato sogar militärische Vorreiterdienste. Während der Bundesrat das Verbot der NPD beim Bundesverfassungsgericht beantragt hat, bemüht sich die Bundesregierung um eine »Stabilität« in der Ukraine, die auch Abstützung durch faschistische Kräfte erfährt. Im Lande die NPD verbieten und in Europa die Faschisten hoffähig machen, das ist gegenwärtig die Rolle dieses Landes! Es wird die Verantwortung der Antifaschisten Deutschlands größer, eine Rolle als solidarische internationalistische Kraft einzunehmen.

Erste Erfolge wurden erzielt: Auch in NRW soll nun ein NSU-Untersuchungsausschuss eingesetzt werden. Die Landeskonferenz hatte es verlangt und die »Piraten« und die CDU haben die Forderung aufgegriffen, so dass sich auch Grüne und SPD nicht verweigern konnten. Wie zu hören ist, soll auch die skandalöse Anweisung des Innenministers Ralf Jäger an die Schulen, die Losung »Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen« nicht zu verwenden, von den »Piraten« gekippt werden. ***Ulrich Sander***



Delegierte aus NRW beim Bundeskongress im Haus Gallus. Foto: Vogler

VVN-Filmprojekt »Nie wieder!«

Schüler auf Spurensuche

Ein Filmprojekt zur Spurensuche unter dem Titel »Nie wieder!« haben Schülerinnen und Schüler in Gevelsberg gemeinsam mit der VVN-BdA verwirklicht. Dabei entstand ein Film-Clip, der unter http://youtube/rM9YMMLDqy4 zu sehen ist.

Seit mehreren Jahren organisiert die Stadt Gevelsberg im November die Aktionswoche für Zivilcourage und gegen rechte Gewalt. Die Kreisvereinigung der VVN-BdA im Ennepe-Ruhrkreis beteiligte sich von Beginn an mit eigenen Angeboten und Aktionen an dieser Aktionswoche. Sie ging diesmal von der Überlegung aus, ein Projekt anzustoßen, an dem Schülerinnen und Schüler beteiligt werden können. Über den antifaschistischen Arbeitskreis der Stadt Gevelsberg ist es zunächst gelungen, einen engagierten Lehrer an der örtlichen Hauptschule zu finden, der bereit war, sich im Rahmen der Aktionswoche mit seiner 9. Klasse an einem Filmvorhaben zu beteiligen. Heinz Müller: »Die örtliche IG Metall-Verwaltungsstelle, das IG Metall Bildungszentrum Sprockhövel, die Stadt Gevelsberg und die örtliche Kreissparkasse unterstützten uns dabei, so konnten wir die erforderlichen 1.000 Euro aufbringen und das Projekt nahm seinen Lauf.«

Trotz oder auch wegen schlechten Wetters waren die Filmaufnahmen sehr beeindruckend und die »Laiendarsteller« machten einen prima Job. Während einer Stadtrundfahrt präsentierten sie »ihre« Orte der Kamera. »Zugute kam uns die Arbeit des örtlichen Antifa-AK, der schon vor Jahren einen historischen Stadtplan über Gevelsberg veröffentlicht hatte, welcher auch Grundlage für die Stadtrundfahrten ist.« ***Th.***

»Die Proteste im Südosten der Ukraine sind ein antifaschistischer Widerstand«

Sergej Kiritschuk, Koordinator der sozialistischen Gruppe Borotba, berichtete in Dortmund auf einer gutbesuchten Veranstaltung der VVN-BdA und anderer über die aktuelle Situation in der Ukraine. Am 2. Mai brannte das Gewerkschaftshaus in Odessa, Dutzende Menschen wurden ermordet, darunter auch ein Borotba-Aktivist. Die Bewegung »Borotba« ist Teil der außerparlamentarischen Opposition in der Ukraine und wurde im Mai 2011 von verschiedenen linken und antikapitalistischen ukrainischen Gruppen gegründet. Zur aktuellen Situation in der Ukraine sagte Sergej Kiritschuk: »Die Proteste im Südosten der Ukraine sind ein ernsthafter Widerstand gegen die Oligarchen und haben eine antikapitalistische Komponente.« Die Versammlung bekundete die Solidarität der Dortmunder Antifaschistinnen und Antifaschisten mit den verfolgten Swoboda-Gegnern und Gegnern der NPD-Freunde in der Ukraine. ***I. B. L.***

Redaktion: Ulrich Sander

Landesbüro der VVN-BdA NRW
Gathe 55, 42107 Wuppertal,
Telefon: 0202 / 45 06 29
E-mail: nrw@vvn-bda.de

Viele weitere Informationen, fast täglich neu, sind unter www.nrw.vvn-bda.de zu finden. Wir bitten um Spenden für unsere Arbeit.

Unser Spendenkonto:
Die neue Kontonummer ist: Postbank Essen,
IBAN: DE 03 3601 0043 0028 2124 35
BIC (SWIFT): PBNKDEFF

Duisburg ehrte seinen Sohn Willy Schmidt

Platz erhält den Namen des Widerstandskämpfers

Im Beisein von Gewerkschaftern, Antifaschisten, Lokalpolitikern, Aktivisten und Veteranen der Arbeiterbewegung wurde der Platz vor dem Bezirksamt im Süden Duisburgs (NRW) feierlich nach Willy Schmidt (1911-2003, KPD, später SPD) benannt.

Er war ein Sohn der mit der Montanindustrie groß gewordenen Industriestadt, der sich bis ins hohe Alter für die Arbeiterbewegung engagierte. Als antifaschistischer Widerstandskämpfer litt er elf lange Jahre als politischer Gefangener der NS-Diktatur.

Nach der Machtübertragung an die NSDAP setzte Schmidt seine politische Arbeit im Untergrund fort. Schon im März 1934 wurde er verhaftet und wegen »Vorbereitung zum Hochverrat« zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. 1937 kam er in das KZ Lichtenburg, wenig später in das neu errichtete KZ Buchenwald. Dort war er bis zur Selbstbefreiung im April 1945 führender Angehöriger des politischen und militärischen Lagerwiderstandes.

Nach der Rückkehr in seine Heimatstadt wirkte Schmidt zunächst beim Wiederaufbau der örtlichen KPD mit, war Mitglied im lokalen Entnazifizierungsausschuss und Mitbegründer der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN). Zuletzt war er Vorstandssekretär in der Frankfurter Gewerkschaftszentrale der IG Metall. Im Rahmen der Platzbenennung, die durch einen Vorstoß aus den Reihen von SPD, Grünen und Linkspartei sowie VVN-BdA zustande kam, wurde eine Erinnerungstafel mit biografischen Daten feierlich enthüllt.

nd

Erklärung an die Räte der Städte Duisburg und Dortmund

Zum Einzug der Nazis

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) als die älteste und eine der bedeutendsten Organisationen des Widerstandes und des Antifaschismus in Deutschland unterstützt die Forderungen des Bündnisses »Duisburg stellt sich quer« bezüglich des Umgangs mit Ratsmitgliedern aus NPD, Pro NRW und AfD. Dies wurde in einem Brief an die Ratsmitglieder festgestellt. Eine Erklärung zum Beginn der Ratstätigkeit in Dortmund hat auch die VVN-BdA Dortmund abgegeben.

Die VVN-BdA Duisburg erklärte: Weil Faschismus keine Meinung ist, sondern ein Verbrechen, erwarten wir von den demokratischen Kräften des Rates eine eindeutige Abgrenzung von allen, die Positionen von NPD, Pro NRW und AfD vertreten.

Unsere Forderung »Keine Nazis und andere Rassisten in die Parlamente«, ist auch nach der Wahl noch aktuell. Da die bestehende Rechtslage leider eine Mitgliedschaft dieser Kräfte in deutschen Parlamenten nicht verhindert, ist es nun Aufgabe der demokratischen Mandatsträger, dafür Sorge zu tragen, dass Ratssitzungen nicht als Propagandaveranstaltungen missbraucht werden. Dazu gehört aber auch, dass der Rat sich endlich seiner Verantwortung gegenüber der Vergangenheit stellt. Notwendig ist nicht nur ein Bekenntnis zu Erinnerungsarbeit, sondern eine deutliche, kontinuierliche und auch finanzielle Unterstützung der Antifa-Arbeit in dieser Stadt.

Das Zentrum für Erinnerungskultur, Menschenrechte und Demokratie ist ein begrüßenswerter erster Schritt in die richtige Richtung. Darüber hinaus ist die seit Jahren bestehende Ausstellung der VVN-BdA unbedingt zu erhalten und finanziell zu fördern. Das Besondere an der VVN-Ausstellung ist ja die Beschränkung auf den in Duisburg und von Duisburgern geleisteten Widerstand. Damit stellt diese Ausstellung eine notwendige Ergänzung zum geplanten Zentrum dar, welches ja einen eher globalen Überblick über die NS-Zeit in Duisburg bieten wird.

Antifaschistisch-antimilitaristisches Treffen geplant

Für einen anderen Feiertag



»Nachdem ›Nie wieder Krieg‹ schon 1999 aus der ›besonderen deutschen Verantwortung‹ verschwunden ist, ist ganz deutlich geworden, dass ›Nie wieder Faschismus‹ zumindest keine außenpolitische Priorität genießt.« Das stellte Cornelia Kerth, die VVN-BdA-Bundesvorsitzende, mit Blick auf die Entwicklung auf dem Balkan und nun in der Ukraine sowie auf die Bundespräsidentenreden fest. Krieg und Rechtsentwicklung mit deutscher Beteiligung wurden seit dem 3. Oktober 1990 wieder möglich.

An diesem 3. Oktober will die nordrhein-westfälische Friedensbewegung wieder ein Zeichen für einen anderen nationalen Feiertag setzen. Es soll erneut eine Demonstration zum Zentrum Luftoperationen in Kalkar am Niederrhein stattfinden, denn dort ist der Ort, der zur Kriegsführungszentrale gen Osten ausgebaut wird. Wer Interesse daran hat, hier mitzuwirken, wende sich an das VVN-BdA-Landesbüro unter 0202 45 06 29 und an nrw@vvn-bda.de

U.S.

Erklärung der VVN-BdA in Dortmund:

Ein mehrfach vorbestrafter Neonazi und Gewalttäter, der noch am Wahlabend zusammen mit Kumpanen das Rathaus zu stürmen versuchte, darf im Dortmunder Rathaus als gewähltes Ratsmitglied Platz nehmen. Er hat immer wieder verbotenen faschistischen Organisationen angehört und sich mit Nachfolgeorganisationen ein Betätigungsfeld beschafft. Die Partei »Die Rechte« wurde zur Wahl zugelassen, obgleich ihr Nachfolgecharakter und ihre Nähe zum NSU-Terror jedem klar sein musste. Man fragt sich: Verbote der ganz Rechten - wann werden die wirklich durchgesetzt? Nachfolgeorganisationen von verbotenen Organisationen waren in diesem Land immer nur dann illegal, wenn es gegen die Linken ging. Die Dortmunder VVN-Mitglieder Heinz Junge und Max Heitland (Ratsmitglied), die wegen Widerstands gegen das NS-Regime ins KZ gesperrt wurden und sich nach 1945 wieder gegen Krieg und Nazis zur Wehr setzten, sie wurden wegen Kandidaturen zu Gefängnis verurteilt. Die Justiz hatte auf Fortsetzung der verbotenen KPD erkannt. Würden sie noch leben, könnten sie als »Linksextremisten« des Rathauses verwiesen werden, wie der Ältestenrat in seiner skandalösen Rechts-links-Gleichsetzung beschloss. Wir fordern das Verbot der Partei »Die Rechte«. ***DoMi/U.S.***

Erfolgreich gegen Nazi-Demo in Dresden

Weil sich am 7. Juni 2014 mehr als 1.500 Demonstranten den Nazis entgegenstellten, war die Polizei gezwungen, den Naziaufmarsch ins Dresdner Niemandsland umzuleiten.

Das Dresdner »Forum gegen rechts« hatte gemeinsam mit antifaschistischen Gruppen aus dem gesamten Bundesgebiet durch ständige Platzbesetzungen verhindert, dass die Nazis ihre geplante Route ins Dresdner Stadtzentrum laufen konnten. Zu den Gegendemonstranten zählten auch Kameraden unseres Verbandes, darunter VVN-Ehrenvorsitzender Prof. Heinrich Fink und Regina Elsner, Erste Sprecherin des Landesverbandes Sachsen. Die Abschlusskundgebung der Nazis wurde durch die Protestierenden lautstark gestört.

Wir kritisieren dabei die Einschüchterungsversuche der Polizei durch den Einsatz von Wasserwerfern, das Einkesseln von Demonstranten sowie den Einsatz einer Reiterstaffel auf der Leipziger Straße.

Das »Forum gegen rechts« stellte abschließend fest: »In Dresden ist es für die Nazis nicht mehr möglich, einen Großaufmarsch geplant durchzuführen. Das ist vor allem unserer konsequenten … Arbeit zu verdanken, die erstmals auch im Sommer zu einem solchen Erfolg führte. Wir wollen, dass das so bleibt und die Arbeit kontinuierlich fortsetzen.«

A. Lang / H. Theinert, Dresden

Aus der aktuellen Arbeit des VVN-Stadtverbandes Dresden

Gedenken mit Partnerdelegation aus Gostyn

Zu den langjährigen und sorgsam gepflegten Traditionen des Dresdner VVN-Stadtverbandes gehört in jedem Jahr das Gedenken an die zwölf am 23. und 24. Juni 1942 in Dresden hingerichteten Mitglieder der Gostyner Widerstandsgruppe »Schwarze Legion« gemeinsam mit einer Delegation aus der polnischen Partnerstadt Gostyn. Aus den ursprünglichen Begegnungen zwischen Dresdner Antifaschisten und Mitgliedern des polnischen Kombattantenverbandes sowie Vertretern von Kirchen wurde über die Jahrzehnte eine Städtefreundschaft. Bei dem vom VVN-Stadtverband organisierten Gedenken auf dem Äußeren Katholischen Friedhof sprachen in diesem Jahr Bürgermeister Dr. Ralf Lunau aus Dresden und der Gostyner Bürgermeister Jerzy Kulak. Unser Verband konnte zahlreiche Gäste begrüßen, darunter das überlebende Mitglied der Widerstandsgruppe Marian Sobkowiak, Herrn Dompfarrer Ullmann, Vertreter der Deutsch-Polnischen Gesellschaft, des Münchner-Platz-Komitees sowie polnische und deutsche Schüler.

In der sächsischen Landeshauptstadt gibt es noch 65 VVN-Mitglieder, der Altersdurchschnitt beträgt 85 Jahre. Aktiv beteiligen sich zwischen 10 und 25 % der Mitglieder. Leider sind die Wünsche unserer Verbandsmitglieder nach einem wirkungsvollen Auftreten in der Öffentlichkeit oft größer als die Möglichkeiten, dies zu realisieren.

E. Druschke / K. Jeschke

Vernetzungstreffen für Gedenkarbeit in Sachsen

Gedenken ohne Zeitzeugen

In Trägerschaft der Evangelischen Hochschule (ehs) und in Kooperation mit der Jüdischen Gemeinde zu Dresden, der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung und der Stiftung Sächsische Gedenkstätten fand auf Anregung und unter maßgeblicher Beteiligung des VVN-BdA Sachsen am 26. Mai 2014 eine Arbeitstagung »Erinnern wozu?« in Dresden statt. Zielstellung der Tagung war, Perspektiven des Gedenkens an Opfer und Widerstand im Nationalsozialismus sowohl unter psychologischen Aspekten zu beleuchten als auch Erfahrungen des Umgangs der heutigen Jugend mit der NS-Zeit zu berücksichtigen.

Das Spektrum der etwa 70 Teilnehmer war bunt gemischt: Es reichte von jungen Leuten aus Initiativen zur Auseinandersetzung mit der NS-Zeit über Studenten und Hochschullehrer bis zum Ehrenvorsitzenden des VVN-BdA Sachsen, dem 95-jährigen Frido Seydewitz. Aus ihrer Praxis als Psychotherapeutin schilderte Astrid von Friesen Probleme der Bewältigung der Erinnerungsarbeit in der zweiten oder dritten Generation.

Der Geschichtsdidaktiker Prof. Dr. Bodo von Borries, Hamburg, widmete sich methodischen Aspekten sowie kulturellen und kommunikativen Dimensionen des kollektiven Gedächtnisses. Seine These: Der Verlust durch das Aussterben der Zeitzeugen für die Erinnerungsarbeit werde maßlos übertrieben. Faktisch gäbe es kaum größere Areale (in unserem Land und in unserem Leben) ohne Verstrickung mit dem Faschismus – und das sei zu nutzen, um historische Erfahrungen sichtbar zu machen und aktuelle Gefahren abzuwehren. Und damit ist gleich der Bogen zum dritten Plenarvortrag von Prof. Dr. Dietfried Krause-Vilmar aus Kassel geschlagen, der anhand der Geschichte des Bildungsortes und der Gedenkstätte Breitenau in Guxhagen schilderte, wie das Bewusstmachen der Geschichtlichkeit unserer Existenz und die Herstellung lokaler Nähe Erkenntnisse befördern kann. Es dürfe nicht sein, dass, wenn die Worte »Faschismus« oder »Holocaust« fallen, das Denken aufhöre und nur noch Stereotype wirkten. Gedenkstätten müssen in diesem Sinne als Katalysatoren des Denkens wirken und Bildung sichern. Andererseits dürfe man Gedenkstätten nicht überbewerten. In ihnen repräsentiere sich die aktuelle Gedächtnispolitik, und die sei auch Hegemoniepolitik: Worüber redet man, worüber redet man nicht?

Nützlich und anregend waren die Diskussionen in den Gesprächs- und Arbeitsgruppen – da ging es um praktische Beispiele des Engagements von Vertretern der zweiten und dritten Generation über die erschreckende Wirkung von Filmen zur Verharmlosung des Faschismus bis zum Problem des ritualisierten Gedenkens und zur Vermeidung einer »Betroffenheitspädagogik« zugunsten wirklicher Beteiligung bei der Selbstfindung.

Ein Wunsch bleibt: Diese Arbeitstagung darf keine Eintagsfliege bleiben. Der Anfang ist gemacht, Multiplikatoren haben sich vernetzt – das Netz muss jetzt auch halten!

Gustav Peinel

V.i.S.d.P. Peter Giersich. **Redaktion:** Landesverband Sachsen des VVN-BdA, Strehlener Straße 14, 01069 Dresden, Tel. 0351/4901903, E-Mail: vvn-bda-sachsen@t-online.de
Spendenkonto: Commerzbank Dresden , BIC: DRESDE FF 850; IBAN: DE47 8508 0000 0528 2111 00; (BLZ: 85080000, Konto-Nr.: 528211100)